

# Wiedergutmachung im Völkerstrafverfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof nach Lubanga

Von Akad. Rätin a.Z. Dr. **Stefanie Bock**, Göttingen\*

*Im August letzten Jahres hat die Lubanga-Hauptverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs erstmals Grundsätze für die Wiedergutmachung im Völkerstrafverfahren aufgestellt. Auch wenn diese nur für den konkreten Fall gelten, dürften sie die weitere Gerichtspraxis entscheidend beeinflussen. Dies gilt insbesondere für die Ausführungen zum notwendigen Zusammenhang zwischen Verurteilung und Wiedergutmachungsanordnung. Nach Auffassung der Kammer kann sie nur solchen Opfern Wiedergutmachung zusprechen, bei denen ein kausaler Zusammenhang zwischen erlittenem Schaden und den Taten, deretwegen Lubanga verurteilt wurde, besteht. Dieses Kausalitätserfordernis ist aus rechtlichen Gründen unabdingbar, führt aber infolge der ausgeprägten Selektivität der Anklage zu einer erheblichen Begrenzung des Kreises der Antragsberechtigten. Insbesondere die Opfer der nicht angeklagten Sexualdelikte sind damit grundsätzlich von den gerichtlich angeordneten Wiedergutmachungsmaßnahmen ausgeschlossen. Die hieraus resultierende Ungleichbehandlung der Geschädigten ist nicht nur unter Gleichheitsgesichtspunkten fragwürdig. Sie kann sich auch hemmend auf den gesamtgesellschaftlichen Versöhnungsprozess auswirken. Die Kammer versucht diese negativen Konsequenzen zumindest teilweise durch eine nicht unbedenkliche weite Auslegung des Kausalitätserfordernisses sowie eine Kombination von individuellen und kollektiven Wiedergutmachungsleistungen zu kompensieren. Abgesehen von diesen und anderen Detailfragen überrascht aber vor allem die Entscheidung der Kammer, das weitere Wiedergutmachungsverfahren nahezu vollständig in die Hand des Treuhandfonds zu legen. Dieses Vorgehen ist zu begrüßen, da der Treuhandfonds, der nicht den Zwängen und Beschränkungen eines gerichtlichen (Straf-) Verfahrens unterliegt, besser in der Lage ist, für eine gerechte Verteilung der begrenzten Ressourcen zu sorgen.*

## I. Einleitung

Die starke Opferorientierung des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH-Statut)<sup>1</sup> hat die Praxis – auch und gerade im Prozess gegen Thomas Lubanga Dyilo – vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Das Verfahren war streckenweise von intensiven Debatten um die Reichweite der den Opfern nach Art. 68 Abs. 3 IStGH-Statut zustehenden prozessualen Aktivrechten geprägt. Im August letzten Jahres hat der internationale Opferdiskurs mit der Entwicklung von Grundsätzen für die Wiedergutmachung durch die Lubanga-Hauptverfahrenskammer<sup>2</sup> eine neue Stufe erreicht. Es geht

um die grundsätzliche Frage, ob und inwieweit das Völkerstrafverfahren auch einen Beitrag zum Ausgleich der durch internationale Verbrechen verursachten Schäden leisten kann bzw. sollte. Im Folgenden möchte ich das Wiedergutmachungskonzept der Lubanga-Kammer vorstellen und dahingehend untersuchen, ob es den tatsächlichen Bedürfnissen der Geschädigten, den legitimen Interessen des Angeklagten sowie den Begrenzungen, denen ein Strafprozess unterliegt, gerecht wird.

## II. Die Eckpunkte des zweispurigen Wiedergutmachungssystems des IStGH-Statuts

Erstmalig in der Geschichte des Völkerstrafrechts ermächtigt Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut ein internationales Strafgericht, den Opfern völkerrechtlicher Verbrechen eine angemessene Wiedergutmachung zuzusprechen. Hintergrund ist die zunehmende internationale Anerkennung eines Rechts der Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen auf Wiedergutmachung,<sup>3</sup> wie sie sich insbesondere in den UN Basic Principles,<sup>4</sup> aber auch (speziell für weibliche Opfer) in der Nairobi Declaration<sup>5</sup> oder in der ständigen Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IAGMR) findet.<sup>6</sup> Das IStGH-Statut nimmt diesen aus dem Bereich der

<sup>3</sup> Siehe hierzu ausführlich *Fischer*, *Emory International Law Review* 17 (2003), 187 (192 ff., 197 ff.); *Zegveld*, *Journal of International Criminal Justice* 8 (2010), 79 (81 ff.); *Rombouts/Sardaro/Vandeginste*, in: de Feyter/Parmentier/Bossuyt u.a. (Hrsg.), *Out of the Ashes, Reparation for Victims of Gross and Systematic Human Rights Violations*, 2005, S. 345 (S. 355 ff. Rn. 23 ff.); *Tomuschat*, *Die Friedens-Warte* 80 (2005), 160 (161 ff.); auch *Donat-Cattin*, in: *Lattanzi/Schabas* (Hrsg.), *Essays on the Rome Statute of the International Criminal Court*, 1999, S. 251 (S. 257-259); *Ferstman*, *Leiden Journal of International Law* 15 (2002), 667 (668).

<sup>4</sup> *Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violations of International Humanitarian Law* = GA-Res. 60/147 v. 16.12.2005.

<sup>5</sup> *Nairobi Declaration on women's and girls' right to a remedy and reparation*, verabschiedet auf dem *International Meeting on Women's and Girls' Right to a Remedy and Reparation in Nairobi* v. 19.-21.3.2007.

<sup>6</sup> Siehe nur aus der jüngsten Rechtsprechung IAGMR, *Urt. v. 4.9.2012 – Series C No. 250 (Case of the Río Negro Massacres v. Guatemala, Preliminary Objection, Merits, Reparations, and Costs)*, Rn. 245; IAGMR, *Urt. v. 24.10.2012 – Series C No. 251 (Nadege Dorzema et al. v. Dominican Republic, Merits, Reparations and Costs)*, Rn. 239; IAGMR, *Urt. v. 28.11.2012 – Series C No. 257 (Case of Artavia Murillo et al. [“In vitro fertilization”] v. Costa Rica, Preliminary Objections, Merits, Reparations and Costs)*, Rn. 318; umfangreiche Rechtsprechungsnachweise bei *Ambos*, in: *Ambos/Large/Wierda* (Hrsg.), *Building a Future on Peace and Justice*, 2009, S. 19 (S. 37 f.).

\* Die Verf. ist Akad. Rätin a.Z. und Habilitandin am Lehrstuhl von RiLG Prof. Dr. Kai Ambos, Institut für Kriminalwissenschaften der Georg-August Universität Göttingen.

<sup>1</sup> Rome Statute of the International Criminal Court = UN Doc. A/CONF.183/9, in Kraft getreten am 1.7.2002.

<sup>2</sup> IStGH (Trial Chamber I), *Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations)*.

Staatenverantwortlichkeit stammenden Gedanken<sup>7</sup> auf und kombiniert ihn mit dem strafrechtlichen Grundsatz der individuellen Verantwortlichkeit.<sup>8</sup> Verpflichteter der Wiedergutmachungsanordnung ist zunächst der Verurteilte. Dessen finanzielle Mittel werden allerdings regelmäßig für angemessene Reparationszahlungen nicht ausreichen. Daher haben die Staaten auf Grundlage von Art. 79 Abs. 1 IStGH-Statut einen Treuhandfonds zugunsten der Opfer völkerrechtlicher Verbrechen eingerichtet.<sup>9</sup> Dessen Aufgaben lassen sich in drei Kategorien einteilen: Im Zuge seiner Verwaltungsfunktion unterstützt der Treuhandfonds den Gerichtshof bei der Umsetzung von gegen den Verurteilten erlassenen Wiedergutmachungsanordnungen (siehe Regel 98 Abs. 2 der Verfahrens- und Beweisordnung<sup>10</sup> [RPE], Nr. 59 ff. der Geschäftsordnung des Treuhandfonds<sup>11</sup> [GeschO THF]).<sup>12</sup> Übersteigt die gerichtlich angeordnete Wiedergutmachung die finanziellen Möglichkeiten des Verurteilten, so kann der Treuhandfonds dieses Defizit durch eigene Mittel ausgleichen (Kompensationsfunktion,

Nr. 56 GeschO THF).<sup>13</sup> Diese beiden Aufgabenbereiche werden vom Treuhandfonds unter dem Begriff „reparations“ zusammengefasst.<sup>14</sup> Darüber hinaus hat der Treuhandfonds ein humanitäres Mandat („general assistance“<sup>15</sup>). Er kann seine Mittel allgemein und unabhängig von einer etwaigen strafrechtlichen Verfolgung der Taten durch den IStGH zum Nutzen der Opfer völkerrechtlicher Verbrechen einsetzen (Nr. 27 GeschO THF).<sup>16</sup> Finanziert wird der Treuhandfonds zum einen durch die durch Geldstrafen oder Einziehung erlangten Gelder und sonstigen Vermögenswerte, die ihm auf Anordnung des Gerichtshofs überwiesen werden (Art. 79 Abs. 2 IStGH-Statut), zum anderen durch sonstige Mittel (siehe Nr. 47 GeschO THF), insbesondere durch Spenden.<sup>17</sup>

Die Aufgaben und Kompetenzen des IStGH in diesem zweispurigen Wiedergutmachungssystem sind in Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut geregelt. Der Gerichtshof wird zunächst ermäch-

<sup>7</sup> *Zegveld*, Journal of International Criminal Justice 8 (2010), 79 (85); *Bassiouni*, in: Bassiouni (Hrsg.), International Criminal Law, Bd. 3, 2008, S. 635 (S. 640 ff.); *Fischer*, Emory International Law Review 17 (2003), 187 (197 ff.); Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission, Report of the Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission, Bd. 2, 2004, Chapter 4 Rn. 15 ff., online verfügbar unter <http://www.sierra-leone.org/Other-Conflict/TRCVolume2.pdf> (1.7.2013); *de Brouwer/Heikkilä*, in: Sluiter/Friman/Linton u.a. (Hrsg.), International Criminal Procedure, Principles and Rules, 2013, S. 1299 (S. 1366); ausführlich *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 362 ff. Rn. 27 ff.; *Bottigliero*, Redress for victims of crimes under international law, 2004, S. 79 ff.; *Evans*, The Right to Reparation in International Law for Victims of Armed Conflict, 2012, S. 17 ff.

<sup>8</sup> *Di Giovanni*, Journal of International Law and International Relations 2 (2005-2006), 25 (39, 41); siehe auch *Heintschel v. Heinegg*, in: Heintschel v. Heinegg/Kadelbach/Heß u.a. (Hrsg.), Entschädigung nach bewaffneten Konflikten, Die Konstitutionalisierung der Welthandelsordnung, Referate und Thesen, 2003, S. 1 (S. 43).

<sup>9</sup> Establishment of a fund for the benefit of victims of crimes within the jurisdiction of the Court, and of the families of such victims = ICC-ASP/1/Res.6 v. 9.9.2002; Establishment of the Secretariat of the Trust Fund for Victims = ICC-ASP/3/Res.7 v. 10.9.2004.

<sup>10</sup> Rules of Procedure and Evidence = ICC-ASP/1/3 (Part.II-A), in Kraft getreten am 9.9.2002.

<sup>11</sup> Regulations of the Trust Fund for Victims = ICC-ASP/4/Res.3 v. 3.12.2005, zuletzt geändert durch ICC-ASP/6/Res.3 v. 14.12.2007 (Amendment to the Regulations of the Trust Fund for Victims).

<sup>12</sup> *Fischer*, Emory International Law Review 17 (2003), 187 (205); *Dwertmann*, The Reparation System of the International Criminal Court, Its Implementation, Possibilities and Limitations, 2010, S. 287-289; *Bock*, Das Opfer vor dem Internationalen Strafgerichtshof, 2010, S. 575 f.

<sup>13</sup> IStGH (Trust Fund for Victims), Report v. 1.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2803-Red (Prosecutor v. Lubanga, Public Redacted Version of ICC-01/04-01/06-2803-Conf-Exp, Trust Fund for Victims’ First Report on Reparations), Rn. 121 ff.; *Bock* (Fn. 12), S. 576 ff.; Redress, Justice for Victims, The ICC’s Reparations Mandate, 2011, S. 72, 74, online unter [http://www.redress.org/downloads/publications/REDRESS\\_ICC\\_Reparations\\_May2011.pdf](http://www.redress.org/downloads/publications/REDRESS_ICC_Reparations_May2011.pdf) (1.7.2013); siehe auch *Ferstman*, Leiden Journal of International Law 15 (2002), 667 (685); *Donat-Cattin*, in: Carlizzi/Della Morte/Laurenti u.a. (Hrsg.), La corte penale internazionale, 2003, S. 347 (S. 363).

<sup>14</sup> Siehe unter <http://www.trustfundforvictims.org/two-roles-tfv> (1.7.2013).

<sup>15</sup> Siehe unter <http://www.trustfundforvictims.org/two-roles-tfv> (1.7.2013).

<sup>16</sup> *De Greiff/Wierda*, in: de Feyter/Parmentier/Bossuyt u.a. (Fn. 3), S. 225 (S. 239 ff.); *de Brouwer*, Leiden Journal of International Law 20 (2007), 207 (229); *Abo Youssef*, Die Stellung des Opfers im Völkerstrafrecht unter besonderer Berücksichtigung des ICC-Statuts und der Rechte der Opfer von Völkerstrafrechtsverbrechen in der Schweiz, 2008, S. 192; *Bock* (Fn. 12), S. 578 ff.; Redress (Fn. 13), S. 19; *McCarthy*, Journal of International Criminal Justice 10 (2012), 351 (360); *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1361; siehe auch *Fischer*, Emory International Law Review 17 (2003), 187 (206 ff.); *Zegveld*, Journal of International Criminal Justice 8 (2010), 79 (89, 98).

<sup>17</sup> IStGH (Trust Fund for Victims), Report v. 1.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2803-Red (Prosecutor v. Lubanga, Public Redacted Version of ICC-01/04-01/06-2803-Conf-Exp, Trust Fund for Victims’ First Report on Reparations), Rn. 117; *Ingadottir*, in: Shelton/Ingadottir (Hrsg.), The International Criminal Court Reparations to Victims of Crimes (Article 75 of the Rome Statute) and the Trust Fund (Article 79), Recommendations for the Court Rules of Procedure and Evidence, 1999, S. 9 (S. 12 ff.), online unter [http://www.pict-pecti.org/publications/PICT\\_articles/REPARATIONS.PDF](http://www.pict-pecti.org/publications/PICT_articles/REPARATIONS.PDF) (1.7.2013); *Fischer*, Emory International Law Review 17 (2003), 187 (215 ff.); *Dwertmann* (Fn. 12), S. 287; *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1361. Siehe auch den Überblick auf <http://www.trustfundforvictims.org/financial-info> (1.7.2013).

tigt, Wiedergutmachungsanordnungen gegen den Verurteilten zu erlassen. Zudem kann er auch anordnen, dass die zuerkannte Wiedergutmachung über den Treuhandfonds erfolgt. In beiden Fällen liegt es aber im Ermessen des Gerichtshofs, ob er von diesen Kompetenzen Gebrauch macht. Er ist nicht verpflichtet, Wiedergutmachungsanordnungen zu erlassen.<sup>18</sup>

### III. Begriff und Funktion der Wiedergutmachung im Völkerstrafverfahren

Das IStGH-Statut verzichtet darauf, den Begriff der Wiedergutmachung zu definieren. Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut nennt lediglich beispielhaft Rückerstattung, Entschädigung und Rehabilitation (dazu detaillierter unten VII. 2.) als spezielle Formen der Wiedergutmachung, ohne das Gericht aber auf diese zu beschränken.<sup>19</sup> Dies legt es nahe, unter Wiedergutmachung in einem umfassenden Sinne alle Maßnahmen ideeller oder materieller Art, die dem Ausgleich der dem Opfer durch die Tat zugefügten physischen, psychischen, emotionalen und materiellen Schäden<sup>20</sup> dienen, zu verstehen.<sup>21</sup> Letztendlich geht es darum, die Opfer so zu stellen, als wäre das schädigende Ereignis nicht eingetreten (*restitutio in integrum*).<sup>22</sup>

<sup>18</sup> IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's "Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations"), Rn. 49; *Ingadottir* (Fn. 17), S. 11; *Jorda/de Hempinne*, in: Cassese/Gaeta/Jones (Hrsg.), *The Rome Statute of the International Criminal Court, Commentary*, Bd. 2, 2002, S. 1387 (S. 1407); *Bottigliero* (Fn. 7), S. 225; *de Brouwer*, *Leiden Journal of International Law* 20 (2007), 207 (220); *Donat-Cattin*, in: Triffterer (Hrsg.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court*, 2008, Art. 75 Rn. 16; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 45; *Bock* (Fn. 12), S. 590; *Evans* (Fn. 7), S. 99; *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1358.

<sup>19</sup> IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 74; IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 12; IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 222; *Bottigliero* (Fn. 7), S. 223; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 149; *Bock* (Fn. 12), S. 599; *Redress* (Fn. 13), S. 28.

<sup>20</sup> Ausführlich zu den verschiedenen Schadensarten *Bock* (Fn. 12), S. 52 ff.

<sup>21</sup> Ähnlich auch IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations) Rn. 179; Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 22; *Ferstman*, *Leiden Journal of International Law* 15 (2002), 667 (668).

<sup>22</sup> IAGMR, Urt. v. 28.11.2012 – Series C No. 257 (Case of Artavia Murillo et al. ["In vitro fertilization"] v. Costa Rica, Preliminary Objections, Merits, Reparations and Costs),

Gerade bei völkerstrafrechtlichen Verbrechen scheint dies aber unmöglich zu sein.<sup>23</sup> Die Taten können nicht ungeschehen gemacht werden; ihre physischen und psychischen Folgen sind häufig irreversibel. Wie will man mehrfache Vergewaltigung, monatelange Folter oder den Verlust naher Angehöriger ausgleichen?<sup>24</sup> Hinzu kommt, dass völkerrechtliche Verbrechen nicht nur die Individualopfer betreffen, sondern vielmehr auch soziale Gruppen oder die vom Konflikt betroffene Gesellschaft als Ganze in Mitleidenschaft ziehen. Diese kollektive Dimension der Viktimisierung erschwert die Kompensation der Taten zusätzlich.<sup>25</sup> Ist der Ausgleich der Tatschäden bei völkerrechtlichen Verbrechen damit notwendigerweise unvollkommen und unvollständig, so drängt sich die Frage auf, welche weiteren übergeordneten Ziele mit der Integration eines Rechts auf Wiedergutmachung in das Völkerstrafverfahren verfolgt werden. Ihre Beantwortung ist nicht nur von akademischem Interesse, sondern von entscheidender Bedeutung für die angemessene und sinnvolle Ausgestaltung von konkreten Wiedergutmachungsmaßnahmen.<sup>26</sup>

Rn. 319; IAGMR, Urt. v. 27.11.1998 – Series C No. 42 (Loayza-Tamayo v. Peru, Reparations and Costs), Rn. 85; *Roht-Arriaza*, *Hastings International and Comparative Law Review* 27 (2003-2004), 157 (158); *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 395 Rn. 62; *de Greiff*, in: de Greiff (Hrsg.), *The Handbook of Reparations*, 2008, S. 451 (S. 455); *Dwertmann* (Fn. 12), S. 37; *Bock* (Fn. 12), S. 568; siehe auch *Mani*, in: de Feyter/Parmentier/Bossuyt u.a. (Fn. 3), S. 53 (S. 77); *Di Giovanni*, *Journal of International Law and International Relations* 2 (2005-2006), 25 (41).

<sup>23</sup> Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 83.

<sup>24</sup> *Roht-Arriaza*, *Hastings International and Comparative Law Review* 27 (2003-2004), 157 (158); *Hamber*, in: de Feyter/Parmentier/Bossuyt u.a. (Fn. 3), S. 135 (S. 135); *Mani* (Fn. 22), S. 77; *Schotsmans*, in: de Feyter/Parmentier/Bossuyt u.a. (Fn. 3), S. 105 (S. 129); *de Greiff* (Fn. 22), S. 456; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 37; *Redress*, *Comments to the Trust Fund for Victims in light of the Court's first reparations decision*, 2013, S. 3, online verfügbar unter <http://www.redress.org/downloads/publications/CommentsTrustFundFirstReparationDecision.pdf> (1.7.2013).

<sup>25</sup> *Mani* (Fn. 22), S. 77; siehe auch *Dwertmann* (Fn. 12), S. 37; *Di Giovanni*, *Journal of International Law and International Relations* 2 (2005-2006), 25 (42); *Falk*, in: de Greiff (Fn. 22), S. 478 (S. 494 f.); *Hamber*, in: de Greiff (Fn. 22), S. 560 (S. 561 f.). Die Bedeutung der kollektiven Dimension der Viktimisierung für die Wiedergutmachung wird auch von der Lubanga-Verfahrenskammer anerkannt, IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 179.

<sup>26</sup> Siehe *Mani* (Fn. 22), S. 77, sowie die Aufforderung des Treuhandfonds an die Hauptverfahrenskammer, die „underlying philosophical questions“ der Wiedergutmachung zu klären; IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v.

Die Lubanga-Kammer sieht in ihrer Anordnungs-kompetenz nach Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut zunächst eine zusätzliche Möglichkeit, den Täter für seine Taten zur Verantwortung zu ziehen.<sup>27</sup> Die Pflicht zur Wiedergutmachung ist in diesem Sinne Ausdruck und Bestätigung der individuellen Verantwortlichkeit des Verurteilten.<sup>28</sup> Bemüht sich der Täter um einen Schadensausgleich oder wird er hierzu verpflichtet, so impliziert dies, dass er kein Recht zur Vornahme der schädigenden Handlung hatte. Dadurch wird unterstrichen, dass den Betroffenen kein schicksalhaftes oder selbst zu verantwortendes Unglück, sondern ein von Menschen zu verantwortendes Unrecht widerfahren ist.<sup>29</sup> Der Opferstatus der Geschädigten wird anerkannt.<sup>30</sup> Die Kammer geht allerdings nicht darauf ein, dass das Verantwortlichkeitsprinzip wohl nur bei Anordnungen gegenüber dem Verurteilten greift, nicht aber dann, wenn die Wiedergutmachung durch den Treuhandfonds erfolgt.<sup>31</sup> Allerdings beinhalten auch dessen Leistungen eine Anerkennung des erlittenen Unrechts und können damit als eine Art Solidaritätserklärung mit den Opfern verstanden werden.<sup>32</sup>

25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 7.

<sup>27</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 179.

<sup>28</sup> Siehe auch *Hamber* (Fn. 24), S. 137; *Di Giovanni*, Journal of International Law and International Relations 2 (2005-2006), 25 (41).

<sup>29</sup> *Hamber* (Fn. 24), S. 136; siehe auch IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 63; *McCarthy*, Journal of International Criminal Justice 10 (2012), 351 (367). In diesem Sinne dürfte die Wiedergutmachungsanordnung auch die generalpräventive Wirkung der Strafe unterstützen; zu positiver Generalprävention und Opferinteressen allgemein *Bock* (Fn. 12), S. 198-202.

<sup>30</sup> IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 63; Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 22; *Ferstman*, Leiden Journal of International Law 15 (2002), 667 (668); *de Greiff/Wierda* (Fn. 16), S. 235; *de Greiff* (Fn. 22), S. 460; *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 465 Rn. 160 f.; siehe auch *Hamber* (Fn. 24), S. 141 f.; *Hamber* (Fn. 25), S. 566; *McCarthy*, Journal of International Criminal Justice 10 (2012), 351 (366 f.).

<sup>31</sup> Siehe auch *de Greiff/Wierda* (Fn. 16), S. 236.

<sup>32</sup> *Bock* (Fn. 12), S. 578; siehe auch Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 50; *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 466 Rn. 162; *Redress* (Fn. 24), S. 4 sowie *Hamber* (Fn. 25), S. 566; allgemein zum Verhältnis zwischen Wiedergutmachung und Solidarität *de Greiff* (Fn. 22), S. 464 ff.

Diese symbolische Komponente der Wiedergutmachung<sup>33</sup> dürfte erklären, warum für die Opfer – auch und gerade bei völkerrechtlichen Verbrechen – Kompensationsleistungen von so großer Bedeutung sind.<sup>34</sup> Sie bildet zudem den Dreh- und Angelpunkt zwischen der individuellen und der kollektiven Ebene des Tauschgleichs. Durch die implizite Anerkennung des begangenen Unrechts und den Ausgleich der Tatschäden kann Wiedergutmachung zu einer Versöhnung zwischen Tätern, Opfern und der Gesellschaft beitragen.<sup>35</sup> Angesprochen ist damit das komplexe Verhältnis zwischen Wiedergutmachung (reparation) und kollektiver Aussöhnung (reconciliation). Die Lubanga-Hauptverfahrenskammer ist sich bewusst, dass hier möglicherweise Wechselwirkungen bestehen,<sup>36</sup> und

<sup>33</sup> Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Report v. 1.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2803-Red (Prosecutor v. Lubanga, Public Redacted Version of ICC-01/04-01/06-2803-Conf-Exp, Trust Fund for Victims' First Report on Reparations), Rn. 213; ECCC (Trial Chamber), Urt. v. 26.7.2010 – 001/18-07-2007/ECCC/TC (Co-Prosecutors v. KAING Guek Eav, Judgement), Rn. 661 mit Fn. 1144; Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 22; *McCarthy*, Journal of International Criminal Justice 10 (2012), 351 (366).

<sup>34</sup> Siehe Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 29 ff.; *McGonigle Leyh*, International Criminal Law Review 12 (2012), 375 (381 mit Fn. 15). Dies zeigt sich auch anschaulich daran, dass auch mehr als 50 Jahre nach den Verbrechen immer noch Opfer des NS-Regimes Wiedergutmachungsansprüche geltend machen, siehe nur *van der Auweraert*, Nordic Journal of International Law 71 (2002), 557; *Authers*, in: *de Greiff* (Fn. 22), S. 420.

<sup>35</sup> Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 34 ff.; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 42; *de Greiff/Wierda* (Fn. 16), S. 235; siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012), Rn. 71; IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 14; IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 65; IStGH (United Nations Children's Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 35; speziell für Kindersoldaten IStGH (Justiceplus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 34.

<sup>36</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 179 ("Reparations can assist in promoting reconciliation between the convicted person, the victims of the crimes and the affected communities [...]").

fordert, dass Wiedergutmachung, wenn möglich, den gesamtgesellschaftlichen Versöhnungsprozess fördern soll.<sup>37</sup> Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen reparation und reconciliation erfolgt jedoch nicht. Dies ist misslich, da hiervon abhängt, ob für die Bestimmung der jeweils angemessenen Wiedergutmachungsmodalitäten ausschließlich die Belange der individuell Geschädigten oder auch (vielleicht sogar primär) ihre gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen maßgeblich sind.<sup>38</sup>

Über diesen facettenreichen und vielschichtigen Aspekt der individuellen Verantwortlichkeit hinaus geht die Lubanga-Kammer zudem davon aus, dass die Verpflichtung des Täters zum Schadensausgleich abschreckend wirkt.<sup>39</sup> Mag dieser Gedanke im Bereich der Staatenverantwortlichkeit noch durchaus naheliegend sein,<sup>40</sup> so ist seine pauschale Übertragung auf das (Völker-)Strafrecht wenig überzeugend. Schon die Abschreckungswirkung der Internationalen Strafgerichtsbarkeit an sich ist nicht unumstritten.<sup>41</sup> Dass aber eine tatgeneigte Person von der Begehung eines völkerrechtlichen Verbrechens Abstand nimmt, nur weil sie später möglicherweise Reparationen zahlen muss, ist schwer vorstellbar.<sup>42</sup> Jedenfalls kann eine abschreckende Wirkung von Wiedergutmachungsanordnungen nicht – wie die Lubanga-Kammer es tut – ohne weiteres unterstellt werden.

#### IV. Die Selektivität der Wiedergutmachung und ihre Gefahren

Aufgrund der hohen Opferzahlen und der begrenzten für die Wiedergutmachung zur Verfügung stehenden Ressourcen ist es ausgeschlossen, alle Opfer völkerrechtlicher Verbrechen in

angemessenem Umfang zu entschädigen.<sup>43</sup> Wird einer bestimmten Opfergruppe, beispielsweise den Opfern sexueller Gewalt, Wiedergutmachung zugesprochen, so bedeutet dies zwangsläufig, dass weniger oder keine Mittel für Maßnahmen zugunsten anderer Geschädigter zur Verfügung stehen.<sup>44</sup> Selektions- und Priorisierungsprozesse sind daher unvermeidlich.<sup>45</sup> Sie bergen allerdings die Gefahr, dass es zu einem Kampf der Opfer um die begrenzten Ressourcen kommt.<sup>46</sup> Diejenigen Geschädigten, die nicht in den Genuss von Wiedergutmachungsleistungen kommen, können dies als Negierung oder Bagatellisierung des von ihnen erlittenen Unrechts missverstehen und sich daher als „Opfer zweiter Klasse“ fühlen.<sup>47</sup> Ist aus ihrer Sicht zudem die Privilegierung der entschädigten Opfer nicht nachvollziehbar, so begründet dies ein nicht unerhebliches Konfliktpotenzial.<sup>48</sup> Es droht eine Konterkarierung

<sup>43</sup> IStGH (Trust Fund for Victims), Report v. 1.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2803-Red (Prosecutor v. Lubanga, Public Redacted Version of ICC-01/04-01/06-2803-Conf-Exp, Trust Fund for Victims' First Report on Reparations), Rn. 8; IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 12; Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 56; *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 468 f. Rn. 168; *Boyle*, Journal of International Criminal Justice 4 (2006), 307 (312).

<sup>44</sup> IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 50; *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 469 f. Rn. 170, 172.

<sup>45</sup> Siehe auch IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 25 ff.; Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 56; *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 469 Rn. 169.

<sup>46</sup> Siehe auch IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 28 f.; *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 469 (Rn. 170); *Schotsmans* (Fn. 24), S. 130; *Bock* (Fn. 12), S. 589.

<sup>47</sup> Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Report v. 1.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2803-Red (Prosecutor v. Lubanga, Public Redacted Version of ICC-01/04-01/06-2803-Conf-Exp, Trust Fund for Victims' First Report on Reparations), Rn. 45; *Abo Youssef* (Fn. 16), S. 165; *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1370; *Falk* (Fn. 25), S. 496 („equals cannot be treated as equals“).

<sup>48</sup> IStGH (United Nations Children's Fund) Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 35; IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 65 ff.; IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-

<sup>37</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 193.

<sup>38</sup> Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 7, 71, sowie die Entwicklung eines „community-based approach to collective reparations“ in Rn. 153 ff.

<sup>39</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 179; ähnlich auch IStGH (Women's Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women's Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 18, sowie die Überlegungen der Delegierten auf der Rom Konferenz *Muttukumaru*, in: Lee (Hrsg.), The International Criminal Court, The Making of the Rome Statute, Issues, Negotiations, Results, 1999, S. 262 (S. 264): Wiedergutmachung als „effective guarantee of non-repetition“.

<sup>40</sup> *Dwertmann* (Fn. 12), S. 40; in diesem Zusammenhang auch *Mani* (Fn. 22), S. 76.

<sup>41</sup> Ausführlich zu Diskussion mit weiteren Nachweisen *Ambos*, Treatise on International Criminal Law, Bd. 1, 2013, S. 69 ff.

<sup>42</sup> *Heintschel v. Heinegg* (Fn. 8), S. 43; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 41.



des gesellschaftlichen Versöhnungsprozesses. Vor diesem Hintergrund hat der Treuhandfonds in seiner vorbereitenden Stellungnahme überzeugend dargelegt, dass jedes Wiedergutmachungssystem vom *do no harm*-Grundsatz getragen sein müsse.<sup>49</sup> Die Bedürfnisse des gesellschaftlichen Versöhnungsprozesses werden auf diese Weise zur Grenze einer an den Individualinteressen der Geschädigten orientierten Wiedergutmachung (*reconciliation as Grenze der reparation*).

Obwohl die Lubanga-Kammer das *do no harm*-Prinzip nicht ausdrücklich als einen eigenständigen Wiedergutmachungsgrundsatz aufgenommen hat, betont sie jedoch an verschiedenen Stellen, dass der Gerichtshof auch die gesellschaftlichen Auswirkungen einer Wiedergutmachungsanordnung berücksichtigen müsse.<sup>50</sup> Zudem hat sie die Bedeutung des *outreach*-Programms für die Steigerung der Wirksamkeit von Wiedergutmachungsmaßnahmen hervorgehoben.<sup>51</sup> Nur durch eine stete Kommunikation zwischen dem Gerichtshof, den Opfern und ihrer Gesellschaft kann sichergestellt werden, dass die Gründe für die notwendigen Selektionsentscheidungen transparent, nachvollziehbar und damit letztendlich akzeptabel sind. Wird zudem von vornherein die Begrenztheit der für die Wiedergutmachung zur Verfügung stehenden Ressourcen offengelegt, so hilft dies zu verhindern, dass auf Seiten der Geschädigten unrealistische und unerfüllbare Erwartungen entstehen. Ein zielgerichtetes *expectation management* ist daher entscheidend für die Prävention sozialschädlicher Nebeneffekte von Wiedergutmachungsprogrammen.<sup>52</sup>

---

01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 16; siehe auch *McCarthy*, Journal of International Criminal Justice 10 (2012), 351 (364).

<sup>49</sup> IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 65 ff.

<sup>50</sup> Siehe nur IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 218, 227.

<sup>51</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 205; siehe auch *Di Giovanni*, Journal of International Law and International Relations 2 (2005-2006), 25 (50).

<sup>52</sup> IStGH (Trust Fund for Victims), Report v. 1.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2803-Red (Prosecutor v. Lubanga, Public Redacted Version of ICC-01/04-01/06-2803-Conf-Exp, Trust Fund for Victims' First Report on Reparations), Rn. 203; siehe auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 10; *Boyle*, Journal of International Criminal Justice 4 (2006), 307 (312); *Di Giovanni*, Journal of International Law and International Relations 2 (2005-2006), 25 (50); *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1370.

## V. Spezifische Herausforderungen des Lubanga-Verfahrens

Einen angemessenen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Opfer und ihrer Gesellschaft zu finden, erweist sich im Lubanga-Verfahren als besonders schwierig. Dies liegt zunächst an der das gesamte Verfahren prägenden Selektionsentscheidung des Anklägers. Obwohl es Anhaltspunkte dafür gibt, dass Lubanga für zahlreiche Verbrechen – darunter Mord, Vergewaltigung, Folter und Plünderung – verantwortlich ist,<sup>53</sup> konzentrierte sich der Ankläger bereits in einem frühen Verfahrensstadium auf den Vorwurf der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindersoldaten.<sup>54</sup> Bekanntermaßen sind dementsprechend die Anklage<sup>55</sup> und die erstinstanzliche Verurteilung<sup>56</sup> auf dieses Verbrechen beschränkt. Der Ankläger hat zwar nicht ausgeschlossen, die Ermittlungen zu einem späteren Zeitpunkt zu erweitern.<sup>57</sup> Angesichts der begrenzten Ressourcen des IStGH und der großen Anzahl von Tatverdächtigen erscheint es allerdings unwahrscheinlich, dass es – sollte die Verurteilung vor der Berufungskammer Bestand haben – noch zu einem weiteren internationalen Strafverfahren gegen Lubanga kommen wird. Die Selektionsentscheidung des Anklägers führt dabei nicht nur zu (aus Opfersicht möglicherweise nur schwer erträglichen) Strafbarkeitslücken.<sup>58</sup> Sie wirkt sich

---

<sup>53</sup> Siehe hierzu *Aptel/Ladisch*, Through a New Lens, A Child-Sensitive Approach to Transitional Justice, 2011, S. 23, online verfügbar unter

<http://ictj.org/sites/default/files/ICTJ-Children-Through-New-Lens-Aptel-Ladisch-2011-English.pdf> (1.7.2013);

IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 23; anerkannt auch in IStGH (Trial Chamber I), Urt. v. 14.3.2012 – ICC-01/04-01/06-2842 (Prosecutor v. Lubanga, Judgment pursuant to Article 74 of the Statute), Rn. 36, 630.

<sup>54</sup> IStGH (Prosecution), Information v. 28.5.2006 – ICC-01/04-01/06-170 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecutor's Information on Further Investigation), Rn. 7.

<sup>55</sup> IStGH (Pre-Trial Chamber I), Entsch. v. 19.1.2007 – ICC-01/04-01/06-803 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on the confirmation of charges).

<sup>56</sup> IStGH (Trial Chamber I), Urt. v. 14.3.2012 – ICC-01/04-01/06-2842 (Prosecutor v. Lubanga, Judgment pursuant to Article 74 of the Statute), insbesondere Rn. 630.

<sup>57</sup> IStGH (Prosecution), Information v. 28.5.2006 – ICC-01/04-01/06-170 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecutor's Information on Further Investigation), Rn. 10.

<sup>58</sup> Vertiefend *Aptel*, Journal of International Criminal Justice 10 (2012), 1357; siehe auch *Ambos/Bock*, in: Reydam/Wouters/Ryngaert (Hrsg.), International Prosecutors, 2012, S. 488 (538); zur gerichtlichen Überprüfbarkeit der Entscheidung des Anklägers, weitere Ermittlungen vorläufig aufzuschieben *Bock* (Fn. 12), S. 322 f. Vor diesem Hintergrund wird man auch den – rechtlich freilich nicht haltbaren – Versuch von Richter *Odio Benito*, unter die Tatbestandsvariante der Verwendung von Kindern zur aktiven Teilnahme an den Feindseligkeiten auch Sexualdelikte zu subsumieren, sehen müssen, IStGH (Trial Chamber I), Urt. v. 13.3.2012 – ICC-01/04-01/06-2842 (Prosecutor v. Lubanga, Judgment pursu-

vielmehr auch auf die prozessuale Rechtsstellung der Geschädigten aus. Da die Hauptverfahrenskammer – zu Recht<sup>59</sup> – nur diejenigen Opfer als Verfahrensbeteiligte (vgl. Art. 68 Abs. 3 IStGH-Statut) zugelassen hat, die mutmaßlich durch die angeklagten Taten geschädigt worden sind, d.h., bei denen eine kausale Verbindung zwischen angeklagter Tat und erlittenem Schaden bestand,<sup>60</sup> war es insbesondere den Opfern der nicht angeklagten Sexualdelikte verwehrt, sich aktiv am Verfahren zu beteiligen.<sup>61</sup> Diese prozessuale Abhängigkeit der Opfer von den Selektionsentscheidungen des Anklägers<sup>62</sup> betrifft auch die Ebene der Wiedergutmachung. Hält man insofern an dem Kausalitätserfordernis fest, so kann die Hauptverfahrenskammer nur denjenigen Opfern Wiedergutmachung zusprechen, die durch die Taten, für die Lubanga verurteilt worden ist, geschädigt wurden. Der Kreis potenzieller Begünstigter würde hierdurch stark begrenzt,<sup>63</sup> was wiederum zu einer bedenklichen Ungleichbehandlung der Opfer Lubanga führen würde.<sup>64</sup> Hieraus resultiert ein nicht unerhebliches Konfliktpotenzial, da die privilegierte Behandlung von Kindersoldaten nicht von einem Konsens der betroffenen Gesell-

schaft gedeckt ist.<sup>65</sup> Ziel der einschlägigen Straftatbestände – Art. 8 Abs. 2 lit. b sublit. xxvi für den internationalen und lit. e sublit. vii IStGH-Statut für den nicht-internationalen bewaffneten Konflikt – ist es, Kinder bestmöglich vor den massiven Auswirkungen bewaffneter Konflikte zu bewahren. Dabei geht es nicht nur um den Schutz ihrer körperlichen,<sup>66</sup> sondern auch ihrer psychischen Unversehrtheit. Da bei Kindern die Persönlichkeitsentwicklung noch nicht abgeschlossen ist, können traumatische Erfahrungen,<sup>67</sup> die in Kriegssituationen nahezu unvermeidlich sind,<sup>68</sup> besonders massive psychische Konsequenzen haben. Hinzukommt, dass durch die Rekrutierung die gesamte Entwicklung des Kindes unterbrochen wird. Es wird aus seinem sozialen Umfeld gerissen; eine schulische Ausbildung findet regelmäßig nicht statt.<sup>69</sup> Die weitere Sozialisierung erfolgt in einem gewaltgeprägten Umfeld.<sup>70</sup> Die Auswirkungen der Tat beschränken sich daher nicht auf den Rekrutierungszeitraum. Sie kann vielmehr das gesamte weitere Leben des Kindes nachhaltig beeinträchtigen.<sup>71</sup> Dessen ungeachtet wird der Unrechtsgehalt eines militärischen Einsatzes von Kindern kulturbedingt durchaus unterschiedlich bewertet. Umfragen in Ituri zeigen, dass die dortige Bevölkerung – Erwachsene wie Kinder – durchaus Verständnis für die Rekrutierungsmaßnahmen Lubanga haben. Diese werden weni-

ant to Article 74 of the Statute, Separate and Dissenting Opinion of Judge Odio Benito), Rn. 15-21; zur Kritik *Ambos*, ZIS 2012, 313 (327 mit Fn. 159).

<sup>59</sup> Ursprünglich wollte die Lubanga-Hauptverfahrenskammer den Beteiligtenstatus allen Opfern, deren persönliche Interessen in einem tatsächlichen Sinne durch das Verfahren berührt werden, eröffnen, IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 16.1.2008 – ICC-01/04-01/06-1119 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on victims' participation), Rn. 95 („Is the victim affected by an issue arising during Mr Thomas Lubanga Dyilo's trial because his or her personal interests are in a real sense engaged by it?“). Dieser Ansatz wurde zu Recht von der Berufungskammer verworfen, IStGH (Appeals Chamber), Urt. v. 11.7.2008 – ICC-01/04-01/06-1432 (Prosecutor v. Lubanga, Judgment on the appeals of The Prosecutor and The Defence against Trial Chamber I's Decision on Victims' Participation of 18.1.2008), Rn. 62-66; hierzu *Bock*, in: Klip/Freeland (Hrsg.), Annotated Leading Cases of International Criminal Tribunals, Bd. 40: The International Criminal Court (2008-2009), 2013, S. 283 (S. 285 f. m.w.N.).

<sup>60</sup> IStGH (Trial Chamber I), Urt. v. 14.3.2012 – ICC-01/04-01/06-2842 (Prosecutor v. Lubanga, Judgment pursuant to Article 74 of the Statute), Rn. 15.

<sup>61</sup> *Ambos*, ZIS 2012, 313; *Bock* (Fn. 59), S. 285.

<sup>62</sup> *Abo Youssef* (Fn. 16), S. 165.

<sup>63</sup> *Abo Youssef* (Fn. 16), S. 165; *Bock* (Fn. 12), S. 591; siehe auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012, ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 19; *Aptel*, Journal of International Criminal Justice 10 (2012), 1357 (1367 f.); *Redress* (Fn. 13), S. 32.

<sup>64</sup> Siehe auch IStGH (Justice-plus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 14; allgemein hierzu *Roht-Arriaza*, Hastings International and Comparative Law Review 27 (2003-2004), 157 (169).

<sup>65</sup> Zur Notwendigkeit, das Wiedergutmachungssystem an die lokalen Gegebenheiten anzupassen, siehe *Mani* (Fn. 22), S. 76; *Bock* (Fn. 12), S. 574 m.w.N., sowie den Ansatz der Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 57 ff.

<sup>66</sup> Siehe insbesondere zu den teilweise äußerst brutalen Rekrutierungs- und Ausbildungsmethoden *Davison*, Willamette Journal of International Law and Dispute Resolution 12 (2004), 124 (137 ff.); *Cohn/Goodwin-Gill*, Child soldiers, The Role of Children in Armed Conflict, The role of children in armed conflict, 1994, S. 93 ff.; *Happold*, Child soldiers in international law, 2005, S. 4 ff.

<sup>67</sup> Zum Begriff *Bock* (Fn. 12), S. 59.

<sup>68</sup> Prägnant *Dahl/Mutapic/Schei*, Journal of Traumatic Stress 11 (1998), 137 (142): „multi-traumatisation of war situation“. Siehe auch *Rauschenbach/Scalia*, International Review of the Red Cross 90 (2008), 441 (450), sowie die Studie von *Rosner/Powell/Butollo*, Journal of Clinical Psychology 59 (2003), 41.

<sup>69</sup> IStGH (United Nations Children's Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 2; *Cottier*, in: Triffterer (Fn. 18), Art. 8 Rn. 227.

<sup>70</sup> *Palomo Suárez*, Kindersoldaten und Völkerstrafrecht, Die Strafbarkeit der Rekrutierung und Verwendung von Kindersoldaten nach Völkerrecht, 2008, S. 121.

<sup>71</sup> IStGH (United Nations Children's Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 2; IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 53 ff.; *Cottier* (Fn. 69), Art. 8 Rn. 227.

ger als strafwürdiges Unrecht, sondern vielmehr als militärische Notwendigkeit eingestuft.<sup>72</sup> Mord, Vergewaltigung, Folter und Plünderung seien demgegenüber Lubangas wahre Verbrechen.<sup>73</sup> Die Fokussierung des Anklägers auf die Rekrutierung von Kindersoldaten steht damit in einem deutlichen Spannungsverhältnis zur gesellschaftlichen Bewertung der Taten Lubangas. Verstärkt wird dieser Konflikt durch die ambivalente Rolle der Kindersoldaten. Diese sind zwar zunächst zweifelsohne Opfer der Rekrutierungsmaßnahmen. Werden sie aber in den Kampfeinsatz geschickt, begehen zumindest einige von ihnen selbst schwere (völkerrechtliche) Verbrechen.<sup>74</sup> Diese jedenfalls partielle Doppelrolle als Täter und Opfer erschwert die gesellschaftliche Akzeptanz von Kindersoldaten als eine Gruppe, die bevorzugt in den Genuss von Wiedergutmachungsleistungen kommen sollte.<sup>75</sup> Es besteht daher die Gefahr, dass ihre Privilegierung durch den IStGH bestehende gesellschaftliche Spannungen verschärft und damit der sozialen Reintegration der Kindersoldaten entgegensteht.<sup>76</sup> Dies gilt im Verfahren gegen Lubanga umso mehr, als die bisher durch den IStGH als Opfer anerkannten Kindersoldaten der gleichen ethnischen Gruppe angehören wie Lubanga selbst, nämlich der Hema. Die Verbrechen, die mutmaßlich unter seiner Führung von der Union of Congolese Patriots gegenüber den Lendu verübt worden sind, waren demgegenüber nicht Bestandteil des Verfahrens.<sup>77</sup> Wenn nun auch die Wie-

dergutmachungsmaßnahmen ausschließlich Angehörigen der Hema zugutekommen, könnte dies die Spannungen zwischen den beiden Ethnien<sup>78</sup> weiter schüren.<sup>79</sup> Der obersten Regel der Wiedergutmachung – dem *do no harm*-Prinzip – nachzukommen, erweist sich damit im Verfahren gegen Lubanga als besonders schwierig.

## VI. Die Wiedergutmachungsgrundsätze nach Art. 75 Abs. 1 IStGH-Statut

Die Vorgaben des IStGH-Statuts zur Wiedergutmachung sind sehr fragmentarisch.<sup>80</sup> Die Ausgestaltung der Details wurde dem Gerichtshof überlassen. Dieser ist nach Art. 75 Abs. 1 S. 1 IStGH-Statut verpflichtet,<sup>81</sup> Grundsätze für die Wiedergutmachung aufzustellen, die dann die Grundlage für eventuelle konkrete Wiedergutmachungsanordnungen bilden (Art. 75 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 IStGH-Statut). Die Wiedergutmachungsgrundsätze sind damit zunächst und primär gerichtsinterne Richtlinien.<sup>82</sup>

Das IStGH-Statut gibt allerdings nicht vor, welchem Organ des IStGH die Entwicklung der Wiedergutmachungsgrundsätze obliegt. Zunächst wurde ein extra hierfür geschaffenes

<sup>72</sup> *Aptel/Ladisch* (Fn. 53), S. 23; siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), *Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872* (Prosecutor v. Lubanga, *Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012*), Rn. 143-147.

<sup>73</sup> *Aptel/Ladisch* (Fn. 53), S. 23; siehe auch *Aptel*, *Journal of International Criminal Justice* 10 (2012), 1357 (1367).

<sup>74</sup> *Aptel/Ladisch* (Fn. 53), S. 24; siehe auch IStGH (Justice-plus u.a.), 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, *Observations relatives au régime de réparation*), Rn. 25.

<sup>75</sup> IStGH (Justice-plus u.a.), *Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877* (Prosecutor v. Lubanga, *Observations relatives au régime de réparation*), Rn. 25; allgemein siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), *Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872* (Prosecutor v. Lubanga, *Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012*), Rn. 148-150; siehe auch *Di Giovanni*, *Journal of International Law and International Relations* 2 (2005-2006), 25 (52 f.).

<sup>76</sup> IStGH (United Nations Children's Fund), *Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878* (Prosecutor v. Lubanga, *Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations*), Rn. 16.

<sup>77</sup> *Aptel/Ladisch* (Fn. 53), S. 23; IStGH (Justice-plus u.a.), *Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877* (Prosecutor v. Lubanga, *Observations relatives au régime de réparation*), Rn. 37; siehe auch IStGH (Trial Chamber I), *Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904* (Prosecutor v. Lubanga, *Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations*), Rn. 193 mit Fn. 383; IStGH (Prosecution),

*Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867* (Prosecutor v. Lubanga, *Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations*), Rn. 18.

<sup>78</sup> Siehe zu den Hintergründen IStGH (Trial Chamber I), *Urt. v. 14.3.2012 – ICC-01/04-01/06-2842* (Prosecutor v. Lubanga, *Judgment pursuant to Article 74 of the Statute*), Rn. 71-80.

<sup>79</sup> IStGH (Justice-plus u.a.), *Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877* (Prosecutor v. Lubanga, *Observations relatives au régime de réparation*), Rn. 37 f.; Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), *Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872* (Prosecutor v. Lubanga, *Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012*), Rn. 42, 166; siehe auch IStGH (United Nations Children's Fund), *Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878* (Prosecutor v. Lubanga, *Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations*), Rn. 13; IStGH (Prosecution), *Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867* (Prosecutor v. Lubanga, *Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations*), Rn. 15; *Redress* (Fn. 13), S. 32 f.; anerkannt auch in IStGH (Trial Chamber I), *Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904* (Prosecutor v. Lubanga, *Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations*), Rn. 193 mit Fn. 383.

<sup>80</sup> *Dwertmann* (Fn. 12), S. 46; siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), *Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009* (Prosecutor v. Lubanga, *Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“*), Rn. 50 f.; *Ferstman*, *Leiden Journal of International Law* 15 (2002), 667 (669).

<sup>81</sup> *Bottigliero* (Fn. 7), S. 224; *Donat-Cattin* (Fn. 18), Art. 75 Rn. 10; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 45.

<sup>82</sup> *Dwertmann* (Fn. 12), S. 46.



„Committee of Judges“ mit dieser Aufgabe betraut.<sup>83</sup> Dessen Ziel war wohl die Entwicklung allgemeingültiger, für alle Verfahren vor dem IStGH geltender Grundsätze. Eine solche Lösung hätte entscheidend zu einer fallübergreifenden Gleichbehandlung der Opfer beitragen<sup>84</sup> und die Rechtssicherheit<sup>85</sup> im Interesse aller Beteiligten maßgeblich erhöhen können. Allgemeingültige Leitlinien würden die Opfer in die Lage versetzen, vor Antragsstellung realistisch einschätzen zu können, welche Leistungen sie vom IStGH erwarten können – und welche nicht. Auf diese Weise würde ein fundiertes expectation management ermöglicht.<sup>86</sup> Dabei geht es nicht nur darum, Frustrationen auf Seiten der Geschädigten zu verhindern. Werden Inhalt und Grenzen des gerichtlichen Wiedergutmachungssystems in klarer und verbindlicher Form aufgezeigt, dürfte langfristig die Anzahl offensichtlich unbegründeter Anträge auf Wiedergutmachung zurückgehen.<sup>87</sup> Die Transparenz und Vorhersehbarkeit von Entscheidungen zu erhöhen, ist daher auch in prozessökonomischer Hinsicht sinnvoll.

Ungeachtet dieser Erwägungen hat das Committee of Judges seine Arbeiten nicht beendet.<sup>88</sup> Die Pflicht zur Entwicklung von Wiedergutmachungsgrundsätzen wurde damit – zumindest stillschweigend – auf die jeweiligen Hauptverfahrenskammern übertragen.<sup>89</sup> Deren Zuständigkeit erstreckt sich allerdings nur auf den jeweils zu entscheidenden Fall. Ihnen fehlt damit die Kompetenz, den gesamten Gerichtshof bindende Regeln aufzustellen. Dementsprechend hat auch die Lubanga-Hauptverfahrenskammer ausdrücklich erklärt, dass die von ihr aufgestellten Grundsätze nur für den vorliegenden Fall gelten und damit keine präjudizierende Wirkung für Folgeverfahren oder IStGH-externe Wiedergutmachungssysteme entfalten (sollen).<sup>90</sup> Ein solcher einzelfallbezogener Ansatz mag der Verwirklichung von Einzelfallgerechtigkeit dienen, geht aber zulasten der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit. Wenn nun in Zukunft jede Kammer ihr eigenes Wiedergutmachungskonzept entwickelt bzw. entwickeln muss, obliegt es der Berufungskammer unter Berücksichtigung des Gleich-

heitsgrundsatzes und des Willkürverbotes für die notwendige Mindestharmonisierung zu sorgen.<sup>91</sup>

Dass die Lubanga-Kammer auch eine mögliche externe Wirkung ihrer Wiedergutmachungsgrundsätze ausschließt, erscheint auf den ersten Blick folgerichtig und angemessen. Der IStGH hat nicht die Kompetenz, Staaten<sup>92</sup> oder anderen Organisationen bindende Vorgaben zur Ausgestaltung ihrer Wiedergutmachungsprogramme zu machen.<sup>93</sup> Allerdings darf dies nicht den Blick dafür trüben, dass der IStGH bei der Anordnung von Wiedergutmachungsleistungen nicht in einem Vakuum operiert. Vielmehr gilt es, die gerichtlichen Anordnungen mit den anderen vor Ort wirkenden Maßnahmen – seien es staatliche Entschädigungsprogramme, seien es humanitäre Hilfsprojekte – zu einem stimmigen, konsistenten Gesamtpaket zu verbinden.<sup>94</sup> Insoweit wäre zumindest auf tatsächlicher Ebene eine wechselseitige Berücksichtigung der jeweils leitenden Grundsätze wünschenswert.<sup>95</sup>

## VII. Die Grundsätze für die Wiedergutmachung nach Lubanga

Die von der Lubanga-Hauptverfahrenskammer entwickelten Kerngrundsätze lassen sich in drei Gruppen einteilen: Anspruchsberechtigung, Art der Wiedergutmachung sowie Anordnungen gegenüber dem Treuhandfonds.

### 1. Anspruchsberechtigung

*Grundsatz:* Alle Opfer sind gleich zu behandeln. Das Recht auf Wiedergutmachung hängt nicht von der vorherigen Beteiligung am Verfahren im Sinne des Art. 68 Abs. 3 IStGH-Statut ab.<sup>96</sup>

<sup>83</sup> Siehe hierzu *Schabas*, The International Criminal Court, A Commentary on the Rome Statute, 2010, S. 881.

<sup>84</sup> Für eine „generalized application“ der Wiedergutmachungsgrundsätze *Henzelin/Heiskanen/Mettraux*, Criminal Law Forum 17 (2007), 317 (330 f.); siehe auch *Dwertmann* (Fn. 12), S. 48; *Redress* (Fn. 13), S. 24.

<sup>85</sup> *Dwertmann* (Fn. 12), S. 46; *Redress* (Fn. 13), S. 24.

<sup>86</sup> Siehe auch *Dwertmann* (Fn. 12), S. 61; allgemein zur Notwendigkeit, Wiedergutmachungsentscheidungen vorhersehbar zu machen *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1374.

<sup>87</sup> Siehe auch *Henzelin/Heiskanen/Mettraux*, Criminal Law Forum 17 (2007), 317 (326 f.); *Dwertmann* (Fn. 12), S. 61.

<sup>88</sup> Siehe hierzu *Schabas* (Fn. 83), S. 881.

<sup>89</sup> Im Ergebnis ebenso *Pikis*, The Rome Statute for the International Criminal Court, Analysis of the Statute, the Rules of Procedure and Evidence, the Regulations of the Court and Supplementary Instruments, 2010, S. 184; *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1358.

<sup>90</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 181.

<sup>91</sup> *Dwertmann* (Fn. 12), S. 46.

<sup>92</sup> Zur fehlenden Kompetenz des IStGH, den Täter- oder Tatortstaat zur Leistung von Wiedergutmachung zu verpflichten *Muttukumaru* (Fn. 39), S. 267 ff.; *Donat-Cattin* (Fn. 18), Art. 75 Rn. 5; *Roht-Arriaza*, Hastings International and Comparative Law Review 27 (2003-2004), 157 (168); *Bassiouni* (Fn. 7), S. 666; *Bock* (Fn. 12), S. 587 f. m.w.N.

<sup>93</sup> In diesem Sinne auch ECCC (Trial Chamber), Urt. v. 26.7.2010 – 001/18-07-2007/ECCC/TC (Co-Prosecutors v. KAING Guek Eav, Judgement), Rn. 663.

<sup>94</sup> Zur Notwendigkeit, die verschiedenen Hilfsmaßnahmen abzustimmen *Di Giovanni*, Journal of International Law and International Relations 2 (2005-2006), 25 (43); *Bock* (Fn. 12), S. 600; aus Sicht des Treuhandfonds vgl. IStGH (Trust Fund for Victims), Notification v. 30.10.2009 – ICC-01/05-29 (Situation in the Central African Republic, Notification from the Board of Directors of the Trust Fund for Victims in accordance with Regulation 50 of the Regulations of the Trust Fund for Victims), Rn. 26.

<sup>95</sup> Ausführlich zur möglichen externen Wirkung der Wiedergutmachungsgrundsätze *Dwertmann* (Fn. 12), S. 51-61.

<sup>96</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 189; ebenso siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims),

Aus Sicht der Kammer ist die Trennung zwischen Verfahrensbeteiligung und Anspruchsberechtigung Ausdruck des Fairness- und des Gleichheitsgrundsatzes.<sup>97</sup> Demgegenüber hatten einige Opferrechtsvertreter sowie die Verteidigung im Vorfeld der Entscheidung angeregt, diejenigen Opfer bevorzugt<sup>98</sup> bzw. ausschließlich<sup>99</sup> zu entschädigen, die im Verfahren als Beteiligte zugelassen sind. Auch wenn solche Forderungen vor dem Hintergrund der (finanziellen) Interessen der jeweiligen Mandanten nachvollziehbar sind, gehen sie doch inhaltlich fehl. Wiedergutmachung ist keine Belohnung für die Zusammenarbeit mit dem IStGH<sup>100</sup> und auch keine Entschädigung für die besonderen Gefahren, denen Opfer, die sich aktiv in das internationale Strafverfahren einbringen, ausgesetzt sind.<sup>101</sup> Es geht allein um den Ausgleich der erlittenen Tatfolgen. Opfer, die nicht zum Verfahren zugelassen sind, von Wiedergutmachungsleistungen auszuschließen, wäre zu-

dem ungerecht, da nicht alle Betroffenen gleichermaßen Zugang zum IStGH haben.<sup>102</sup>

Die Kammer verbindet ihre Ausführungen zum Grundsatz der Opfergleichheit mit einem Verweis auf die Nr. 10 der UN Basic Principles,<sup>103</sup> die bei Wiedergutmachungsanordnungen eine Diskriminierung u.a. aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, des Glaubens, der (politischen) Überzeugung, der sexuellen Orientierung sowie der nationalen, ethischen oder sozialen Zugehörigkeit verbietet. Die Betonung des Diskriminierungsverbotes auch und gerade im Zusammenhang mit der Wiedergutmachung ist wichtig, um den Einfluss von Opferstereotypen zu begrenzen. Auch wenn „die bosnischen Muslime“ oder „die Tutsi“ (aus guten Gründen) in den jeweiligen Konflikten als *die* Opfergruppe angesehen werden, darf dies nicht dazu führen, dass das Leid, das Angehörige der jeweils anderen Konfliktpartei – Serben bzw. Hutus – erfahren haben, negiert wird.<sup>104</sup> Ausschlaggebend für den Gerichtshof kann und darf allein sein, dass eine Person durch ein seiner Gerichtsbarkeit unterfallendes Verbrechen geschädigt wird. Dabei ist das – sicherlich konsensfähige<sup>105</sup> – Bekenntnis der Kammer zum Diskriminierungsverbot nur ein erster Schritt. Entscheidend ist vielmehr, wie eine faktische Ungleichbehandlung – wie sie beispielsweise in Folge der Beschränkung der Anklage auf Taten, die zulasten von Angehörigen der Hema begangen wurden, eintreten kann – verhindert, kompensiert oder zumindest abgemildert werden kann. Die Kammer deutet dieses Problem an,<sup>106</sup> zeigt allerdings keine Lösungen auf.

---

Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 22; IStGH (Justice-plus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 9; IStGH (United Nations Children's Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 9; *de Brouwer*, *Leiden Journal of International Law* 20 (2007), 207 (222); implizit bestätigt in IStGH (Appeals Chamber), Decision v. 14.12.2012 – ICC-01/04-01/06-2953 (Prosecutor v. Luanga, Decision on the admissibility of the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“ and directions on the further conduct of proceedings), Rn. 69.

<sup>97</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 189.

<sup>98</sup> IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 24.

<sup>99</sup> So im Zusammenhang mit Wiedergutmachungsleistungen auf individueller Basis IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2869 (Prosecutor v. Lubanga, Observations du groupe de victimes VO2 concernant la fixation de la peine et des réparations), Rn. 22; zur Position der Verteidigung siehe IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 187.

<sup>100</sup> *Bock* (Fn. 12), S. 557.

<sup>101</sup> So aber die Argumentation in IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 24.

---

<sup>102</sup> IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2869 (Prosecutor v. Lubanga, Observations du groupe de victimes VO2 concernant la fixation de la peine et des réparations), Rn. 16; ähnlich auch die Argumentation in Sierra Leone Truth & Reconciliation Commission (Fn. 7), Chapter 4 Rn. 54. I.E. ebenso *de Brouwer*, *Leiden Journal of International Law* 20 (2007), 207 (222); *SáCouto/Cleary*, *Transnational Law & Contemporary Problems* 17 (2008), 73 (87); *Pikis* (Fn. 89), S. 186; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 77; siehe auch allgemein *de Greiff* (Fn. 22), S. 458; aus Sicht des Treuhandfonds *de Greiff/Wierda* (Fn. 16), S. 240; *Fischer*, *Emory International Law Review* 17 (2003), 187 (222).

<sup>103</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 191.

<sup>104</sup> Vertiefend hierzu *Barkan*, in: *de Feyter/Parmentier/Bossuyt* u.a. (Fn. 3), S. 83. Siehe zur notwendigen Sensibilität für ethnische Diskriminierungen bei Wiedergutmachungsprogrammen in Ruanda *Schotsmans* (Fn. 24), S. 128.

<sup>105</sup> Siehe auch IStGH (United Nations Children's Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 8.

<sup>106</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 193 mit Fn. 383.

Die Betonung des Grundsatzes der Opfergleichheit bedeutet im Übrigen nicht, dass die Kammer Priorisierungs- und Selektionsprozesse a limine ausschließen würde.<sup>107</sup> Sie scheint vielmehr eine bevorzugte Behandlung von besonders schutz- und hilfsbedürftigen Opfern, namentlich Opfern von sexueller Gewalt, Opfern mit besonderen medizinischen Bedürfnissen sowie schwer traumatisierten Kindern zu präferieren.<sup>108</sup> Auch wenn diese Auswahl plausibel klingt, fehlt es an einer hinreichenden Begründung der Selektionskriterien.

*Grundsatz:* Anspruchsberechtigt sind sowohl direkte als auch indirekte Opfer.<sup>109</sup> Wiedergutmachung kann auch juristischen Personen zugesprochen werden.<sup>110</sup>

Hinsichtlich der Antragsberechtigung hält die Kammer an ihrer bisherigen Rechtsprechung zum Opferbegriff fest.<sup>111</sup> Das Recht auf Wiedergutmachung wird allen Opfern im Sinne der Regel 85 RPE zugesprochen.<sup>112</sup> Dies sind zunächst alle natürlichen Personen, die durch ein der Gerichtsbarkeit des IStGH unterfallendes Verbrechen geschädigt wurden. Auf die Art der Schädigung kommt es nicht an – materielle, physische, psychische und emotionale Schäden stehen gleichberechtigt nebeneinander.<sup>113</sup> Durch die großzügige Einbeziehung mittelbar Geschädigter<sup>114</sup> – dies sind im Lubanga-Verfahren in erster Linie die Eltern der rekrutierten Kindersoldaten – trägt die Kammer zudem der Tatsache Rechnung, dass schwere Straftaten auch erhebliche Auswirkungen auf die dem direkten

Opfer nahestehenden Personen haben können.<sup>115</sup> Dass unter den Opferbegriff des IStGH-Statuts zudem auch juristische Personen fallen, ergibt sich unmittelbar aus Regel 85 lit. b RPE.

*Grundsatz:* Wiedergutmachung kann nur denjenigen Opfern zugesprochen werden, die durch die Taten, für die Lubanga verurteilt wurde, geschädigt wurden. Diese müssen die *conditio sine qua non* („a ‚but/for‘ relationship“) und die unmittelbare Ursache („proximate cause“) des eingetretenen Schadens sein.<sup>116</sup>

Mit diesem Grundsatz überträgt die Kammer ihre im Zusammenhang mit den Beteiligungsrechten entwickelte Rechtsprechung zum Kausalitätserfordernis (siehe oben V.) auf die Ebene der Wiedergutmachung. Das Erfordernis eines kausalen Zusammenhangs zwischen Schaden und von der Verurteilung umfasster Tat führt zwar infolge der ausgeprägten Selektivität der Anklage zu einer unter Gleichheitsgesichtspunkten bedenklichen Begrenzung des Kreises antragsberechtigter Opfer (siehe oben V.). Sie ist aber aus Rechtsgründen unabdingbar.<sup>117</sup> Der Verurteilte kann nur dann zur Leistung von Wiedergutmachung verpflichtet werden, wenn und soweit er für die eingetretenen Schäden verantwortlich ist, er diese also in vorwerfbarer und zurechenbarer Weise verursacht hat.<sup>118</sup> Zudem

<sup>115</sup> *Bock* (Fn. 12), S. 159 ff. m.w.N. Vertiefend zur Anspruchsberechtigung indirekter Opfer *Dwertmann* (Fn. 12), S. 85 ff.

<sup>116</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 249-250.

<sup>117</sup> I.E. ebenso IStGH (Defence), Observations 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2866 (Prosecutor v. Lubanga, Observations de la Défense sur les principes et la procédure applicables à la réparation), Rn. 4; IStGH (Women’s Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 36; IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I’s „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 142; *Abo Youssef* (Fn. 16), S. 174 f.; *Pikis* (Fn. 89), S. 186; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 141 ff.; auch *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1369.

<sup>118</sup> Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 47; IStGH (Prosecution), Response v. 21.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2924 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Response to the Defence Appeal against the „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 36; siehe auch *Abo Youssef* (Fn. 16), S. 165; sowie IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and

<sup>107</sup> Zur faktischen Notwendigkeit von Selektionsprozessen schon oben IV.

<sup>108</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 200, weitere Ausführungen zu Opfern sexueller Gewalt in Rn. 207-209, zu geschädigten Kindern in Rn. 210-216.

<sup>109</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 194.

<sup>110</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 197.

<sup>111</sup> Siehe hierzu den Rechtsprechungsüberblick bei *Catani*, *Journal of International Criminal Justice* 10 (2012), 905 (907 ff.).

<sup>112</sup> Vertiefend *Bock* (Fn. 12), S. 210 ff.; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 76 ff.

<sup>113</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 16.1.2008 – ICC-01/04-01/06-1119 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on victims’ participation), Rn. 91 f.; zusammenfassend IStGH (Trial Chamber I), Urt. v. 14.3.2012 – ICC-01/04-01/06-2842 (Prosecutor v. Lubanga, Judgment pursuant to Article 74 of the Statute), Rn. 14.

<sup>114</sup> Zur damit verbundenen Gefahr, den Kreis der am Verfahren Beteiligten in einem mit dem Fairnessgrundsatz unvereinbaren Weise auszudehnen, *Ambos*, *ZIS* 2012, 313 (314); siehe hierzu auch *Bock* (Fn. 12), S. 446 f.

darf die Kammer auch im Wiedergutmachungsverfahren nicht die Grenzen ihrer Zuständigkeit überschreiten. Es ist nicht ihre Aufgabe, darüber zu befinden, ob Lubanga noch weitere, nicht von der Anklage erfasste Taten begangen hat.<sup>119</sup> Es wäre auch unter prozessökonomischen Gesichtspunkten wenig sinnvoll, das Wiedergutmachungsverfahren durch umfangreiche Beweisaufnahmen zu sonstigen völkerrechtlichen Verbrechen Lubangas zu belasten.<sup>120</sup> Der Strafausspruch ist damit Grund und Grenze der gerichtlichen Wiedergutmachungsanordnung.<sup>121</sup>

Auch wenn die Kammer sich im Weiteren nicht vertieft mit dem Begriff der proximate cause auseinandersetzt,<sup>122</sup> er-

---

procedures to be applied in reparations), Rn. 16. Im Folgenden spricht sich das OTP allerdings für eine Erweiterung des Kreises der Betroffenen aus, sofern die Wiedergutmachung durch den Treuhandfonds erfolgt; ebenso IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 16.

<sup>119</sup> Vgl. hierzu im Zusammenhang mit der Beteiligungsbeziehung IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 16.1.2008 – ICC-01/04-01/06-1119 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on victims' participation, Separate and Dissenting Opinion Blattman), Rn. 11; *Chung*, *Northwestern Journal of International Human Rights* 6 (2008), 456 (516 f.); *Friman*, *Leiden Journal of International Law* 22 (2009), 485 (491); *Bock* (Fn. 59), S. 286 m.w.N.

<sup>120</sup> *Bock* (Fn. 12), S. 591.

<sup>121</sup> Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 47.

<sup>122</sup> Die Kammer hat den Begriff wahrscheinlich aus dem anglo-amerikanischen Deliktsrecht übernommen. Siehe zu dessen Vielschichtigkeit und Komplexität nur *Haley*, *Tort and Insurance Law Journal* 36 (2000-2001), 147; *Grady*, *UCLA Law Review* 50 (2002-2003), 293. Die Verteidigung rügt das proximate cause Kriterium in ihrer Beschwerdeschrift als zu vage IStGH (Defence), Requête v. 13.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2905 (Prosecutor v. Lubanga, Requête de la Défense sollicitant l'autorisation d'interjeter appel de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation“ rendue le 7.8.2012), Rn. 9 lit. d; IStGH (Defence), Document v. 10.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2919 (Prosecutor v. Lubanga, Defence document in support of the appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation, rendered on 7.8.2012), Rn. 23 ff.; IStGH (Defence), Mémoire v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2972 (Prosecutor v. Lubanga, Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l'appel à l'encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“, rendue par la Chambre de première instance le 7.8.2012), Rn. 172 ff. mit kritischer Erwidern in IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing

lauben ihre kursorischen Überlegungen dennoch einige interessante Rückschlüsse. So soll dieses Kriterium die Wiedergutmachung nicht auf den Ausgleich der direkten Schäden („direct harm“) bzw. Tatfolgen („immediate effects“) begrenzen.<sup>123</sup> Die Kammer behält sich damit die Möglichkeit vor, bei der Bestimmung des Wiedergutmachungsumfanges die Auswirkungen der Tat auf das weitere Leben der Opfer zu berücksichtigen. Bei der Rekrutierung von Kindersoldaten ist vor allem an den Ausgleich verpasster Bildungs-, Entwicklungs- und Sozialisierungschancen sowie tatbedingter Beeinträchtigungen der (späteren) Erwerbsfähigkeit zu denken.<sup>124</sup> Auch wenn eine solch umfassende Unterstützung und Förderung der ehemaligen Kindersoldaten sicherlich wünschenswert ist, so drängt sich doch vor dem Hintergrund des Verantwortungsprinzips die Frage auf, ob und inwieweit Lubanga auf Grundlage antizipierter Lebenspläne<sup>125</sup> zur Wiedergutmachung verpflichtet werden kann.<sup>126</sup> So kommt nach der Rechtsprechung des IAGMR selbst im Bereich der Staatenverantwortlichkeit eine Wiedergutmachung für beeinträchtigte Lebenserwartungen nur in Betracht, wenn diese vernünftig und realisierbar („reasonable and attainable in practice“) sind.<sup>127</sup> Der EGMR gewährt eine Entschädigung für entgangene Chancen nur dann, wenn sich diese zum Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses bereits hinreichend konkretisiert hatten, also nicht rein spekulativer Natur sind („real loss of opportunity“).<sup>128</sup>

---

the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 184 ff.

<sup>123</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 249.

<sup>124</sup> IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 53 ff.

<sup>125</sup> Ausführlich zum vom IAGMR entwickelten Konzept eines „project of life“, das den antizipierten Lebensplan des Opfers zur Grundlage der Wiedergutmachung macht, IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 47 ff.; grundlegend IAGMR, Urt. v. 27.11.1998 – Series C No. 42 (Loayza-Tamayo v. Peru, Reparations and Costs), Rn. 147 ff.

<sup>126</sup> Zu Recht kritisch IStGH (Defence), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2866 (Prosecutor v. Lubanga, Observations de la Défense sur les principes et la procédure applicables à la réparation), Rn. 64 ff.

<sup>127</sup> IAGMR, Urt. v. 27.11.1998 – Series C No. 42 (Loayza-Tamayo v. Peru, Reparations and Costs), Rn. 150.

<sup>128</sup> EGMR, Urt. v. 9.4.1984 – 8966/80 (Goddi v. Italy), Rn. 35; EGMR, Urt. v. 19.12.1990 – 11444/85 (Delta v. France), Rn. 43; EGMR, Urt. v. 9.10.2003 – 39665/98, 40086/98 (Ezeh and Connors v. the United Kingdom), Rn. 141 ff.; EGMR, Urt. v. 12.4.2005 – 46387/99 u.a. (Whitfield v. the United Kingdom), Rn. 54 ff.; ähnlich auch der Ansatz der Verteidigung, siehe IStGH (Defence), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2866 (Prosecutor v. Lubanga, Observations de la Défense sur les principes et la procédure applicables à la

Diese Einschränkungen verhindern eine ungerechtfertigte Ausdehnung der Wiedergutmachungsansprüche und sollten daher vom IStGH übernommen werden.

Über eine „project of life“ orientierte Wiedergutmachung hinaus erlaubt es das weite Verständnis der Kammer von „proximate cause“ auch, die von den Kindern in Folge ihrer Zwangsrekrutierung erlittenen weiteren Verletzungen zu berücksichtigen.<sup>129</sup> Dies gilt namentlich für die Auswirkungen der (gewalttätigen) sexuellen Übergriffe,<sup>130</sup> denen einige der rekrutierten Kinder ausgesetzt waren.<sup>131</sup> Dass die Kammer eine Wiedergutmachung auch dieser Taten zumindest nicht ausschließen wollte, zeigen die Ausführungen zur Behandlung von Opfern sexueller Gewalt.<sup>132</sup> Diese wären unnötig gewesen, wollte die Kammer ihre weiteren Überlegungen strikt auf die unmittelbaren Auswirkungen der Zwangsrekrutierung beschränken. Unproblematisch erscheint eine solche Ausdehnung der Wiedergutmachungsanordnung zumindest dann nicht, wenn sie unmittelbar gegen Lubanga gerichtet wird.<sup>133</sup> Zu-

nächst müsste die Beweisaufnahme im Wiedergutmachungsverfahren in prozessökonomisch bedenklicher Weise auf die nicht angeklagten Sexualstraftaten und ihre Folgen ausgedehnt werden. Zudem stellen sich schwierige Zurechnungsfragen, da ggf. geklärt werden müsste, ob Lubanga auch für diese Taten zumindest in einem zivilrechtlichen Sinne verantwortlich ist.

*Grundsatz:* Zum Nachweis der Anspruchsvoraussetzungen genügt der Beweisgrad der Wahrscheinlichkeit („balance of probabilities“).<sup>134</sup>

Gemäß Art. 66 Abs. 3 IStGH-Statut kann eine Verurteilung des Angeklagten nur dann erfolgen, wenn kein vernünftiger Zweifel an seiner Schuld besteht. Dieser hohe Beweisgrad ist Ausdruck und Folge der Unschuldsvermutung. Er zählt damit zu den zentralen menschenrechtlichen Verfahrensgarantien.<sup>135</sup> Seine Übertragung auf das zivilrechtlich geprägte Entschädigungsverfahren<sup>136</sup> würde die faktische Wirksamkeit des Rechts auf Wiedergutmachung allerdings erheblich beeinträchtigen.<sup>137</sup>

réparation), Rn. 65 („pour autant que l’existence de la chance soit antérieure au crime et que cette chance ne soit pas douteuse“).

<sup>129</sup> Siehe auch IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 240; *Aptel*, Journal of International Criminal Justice 10 (2012), 1357 (1368).

<sup>130</sup> Siehe hierzu IStGH (Trial Chamber I, Judge Odio Benito), Urt. v. 13.3.2012 – ICC-01/04-01/06-2842 (Prosecutor v. Lubanga, Judgment pursuant to Article 74 of the Statute, Separate and Dissenting Opinion of Judge Odio Benito), Rn. 20; ausführlich IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I’s „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 151 ff.

<sup>131</sup> Siehe IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 29.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2911 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on the defence request for leave to appeal the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 32; für eine Einbeziehung dieser Taten IStGH (Women’s Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 36.

<sup>132</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 207-209.

<sup>133</sup> Dieser Punkt wird daher auch von der Verteidigung im Beschwerdeverfahren gerügt IStGH (Defence), Requête v. 13.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2905 (Prosecutor v. Lubanga, Requête de la Défense sollicitant l’autorisation d’interjeter appel de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation“ rendue le 7.8.2012), Rn. 9 lit. b; IStGH (Defence), Document v. 10.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2919 (Prosecutor v. Lubanga, Defence document in support of the appeal against Trial Chamber I’s Decision

establishing the principles and procedures to be applied to reparation, rendered on 7.8.2012), Rn. 32; IStGH (Defence), Mémoire v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2972 (Prosecutor v. Lubanga, Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l’appel à l’encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“, rendue par la Chambre de première instance le 7.8.2012), Rn. 125 ff. mit kritischer Erwiderung in IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Response v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3010 (Prosecutor v. Lubanga, Joint Response to the „Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l’appel à l’encontre de la ‘Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations’, rendue par la Chambre de première instance le 7 août 2012“), Rn. 83 ff.

<sup>134</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 253.

<sup>135</sup> Siehe nur *Schabas*, in: Triffterer (Fn. 18), Art. 66 Rn. 1-2; *Pikis* (Fn. 89), S. 169 ff.

<sup>136</sup> *Shelton*, in: Shelton/Ingadottir (Fn. 17), S. 5 (S. 11); siehe auch IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 27.

<sup>137</sup> IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 24; kritisch hingegen IStGH (Defence), Requête v. 13.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2905 (Prosecutor v. Lubanga, Requête de la Défense sollicitant l’autorisation d’interjeter appel de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation“ rendue le 7.8.2012), Rn. 22 ff.; IStGH (Defence), Document v. 10.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2919 (Prosecutor v. Lubanga, Defence document in support of the appeal against Trial Chamber I’s Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation, rendered on 7.8.2012), Rn.



Das Strafurteil beinhaltet zwar die Feststellung, dass der Verurteilte dem Grunde nach zum Ausgleich der von ihm verursachten Tatschäden verpflichtet ist. Im Wiedergutmachungsverfahren muss aber noch der Umfang der Schädigung sowie das Vorliegen der haftungsausfüllenden Kausalität, also der Kausalität zwischen Rechtsgutsverletzung und Schaden,<sup>138</sup> ermittelt werden.<sup>139</sup> Müssen diese Voraussetzungen zur vollen Überzeugung des Gerichts im Sinne des Art. 66 Abs. 3 IStGH-Statut bewiesen werden, so würden die Geschädigten in erhebliche Beweisnot geraten.<sup>140</sup> Dies gilt namentlich für die schwer erfassbaren psychischen Tatfolgen, die von vielen Opfern als zentrale Beeinträchtigung empfunden werden.<sup>141</sup> Ein solcher Ansatz würde auch der Tatsache nicht gerecht, dass es – allgemein gesprochen – in Zivilverfahren nicht auf die Überzeugung des Gerichts, sondern auf die Bewertung

von Wahrscheinlichkeiten ankommt.<sup>142</sup> Daher ist es im Ergebnis zu begrüßen, dass die Verfahrenskammer im Wiedergutmachungsverfahren einen von Art. 66 Abs. 3 IStGH-Statut abweichenden, niedrigeren Beweisgrad zugrunde legen will.<sup>143</sup> Unklar bleibt allerdings, woraus die Kammer den von ihr vorgeschlagenen Maßstab der „balance of probabilities“ ableiten will. Dieser Ansatz scheint zwar mit dem der ECCC deckungsgleich zu sein („more likely than not to be true“);<sup>144</sup> seine Anwendung im Verfahren vor dem IStGH hätte aber einer ausführlicheren Begründung bedurft. Da das primär anwendbare Recht, das Statut und die Verfahrensregeln (Art. 21 Abs. 1 lit. a IStGH-Statut) keine Vorgaben bezüglich des im Wiedergutmachungsverfahren geltenden Beweisgrades enthalten,<sup>145</sup> hätte die Kammer diese Lücke durch Rückgriff auf allgemeine Rechtsgrundsätze im Sinne des Art. 21 Abs. 1 lit. c IStGH-Statut schließen müssen.<sup>146</sup> Erforderlich wäre damit eine rechtsvergleichend fundierte Auseinandersetzung mit den einschlägigen nationalen zivilrechtlichen Regelungen gewesen. Dies gilt umso mehr, als im Vorfeld der Entscheidung durch-

---

47 ff.; IStGH (Defence), *Mémoire v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2972 (Prosecutor v. Lubanga, Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l’appel à l’encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“*, rendue par la Chambre de première instance le 7.8.2012), Rn. 79 ff., wobei die Verteidigung allerdings nicht hinreichend berücksichtigt, dass die von ihr primär gerügte Formulierung des „wholly flexible approach“ (IStGH [Trial Chamber I], *Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 [Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations]*, Rn. 254) sich ausschließlich auf eine Wiedergutmachung durch den Treuhandfonds bezieht.

<sup>138</sup> IStGH (Defence), *Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2866 (Prosecutor v. Lubanga, Observations de la Défense sur les principes et la procédure applicables à la réparation)*, Rn. 40; IStGH (Women’s Initiatives for Gender Justice), *Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations)*, Rn. 46; aus deutscher Sicht *Oetker*, in: Säcker/Rixecker (Hrsg.), *Münchener Kommentar zum BGB*, Bd. 2, 6. Aufl. 2012, § 249 Rn. 104 ff. m.w.N.

<sup>139</sup> ECCC (Trial Chamber), *Urt. v. 26.7.2010 – 001/18-07-2007/ECCC/TC (Co-Prosecutors v. KAING Guek Eav, Judgement)*, Rn. 639 ff.; siehe auch *Dwertmann* (Fn. 12), S. 229.

<sup>140</sup> IStGH (Trust Fund for Victims), *Report v. 1.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2803-Red (Prosecutor v. Lubanga, Public Redacted Version of ICC-01/04-01/06-2803-Conf-Exp, Trust Fund for Victims’ First Report on Reparations)*, Rn. 49; Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), *Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012)*, Rn. 51; IStGH (Prosecution), *Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations)*, Rn. 24; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 239; siehe auch *Zegveld*, in: Stahn/van den Herik (Hrsg.), *Future Perspectives on International Criminal Justice*, 2010, S. 611 (S. 620).

<sup>141</sup> Siehe hierzu *Bock* (Fn. 12), S. 54 ff., 120 ff., 157 m.w.N.

---

<sup>142</sup> Siehe auch ECCC (Supreme Court Chamber), *Urt. v. 3.2.2012 – 001/18-07-2007-ECCC/SC (Co-Prosecutors v. KAING Guek Eav, Appeal Judgement)*, Rn. 531; *Shelton* (Fn. 136), S. 11 sowie *Dwertmann* (Fn. 12), S. 228. Dies wird im Grundsatz auch von *Zappalà*, *Journal of International Criminal Justice* 8 (2010), 137 (152), anerkannt.

<sup>143</sup> Kritisch hingegen *Zappalà*, *Journal of International Criminal Justice* 8 (2010), 137 (152), der befürchtet, dass ein solcher Ansatz mittelbar auch zu einer Abschwächung des strafrechtlichen Beweisgrades führen könnte. Aufgrund der klaren Regelung des Art. 66 Abs. 3 IStGH-Statut und der (inhaltlichen wie zeitlichen) Abtrennbarkeit der Wiedergutmachungsanordnung vom Strafausspruch dürfte dies allerdings nahezu ausgeschlossen sein. Siehe aus deutscher Sicht auch die Anwendung der zivilrechtlichen Beweismaßstäbe im Adhäsionsverfahren LG Berlin, *Urt. v. 1.12.2005 – (515) 93 Js 3567/04 Kls (13/05) = NZV 2006, 389*; *Weiner*, in: *Weiner/Ferber* (Hrsg.), *Handbuch des Adhäsionsverfahrens*, 2008, S. 23 (S.31 f. Rn. 26); rechtsvergleichend *Dwertmann* (Fn. 12), S. 235 f.

<sup>144</sup> ECCC (Supreme Court Chamber), *Urt. v. 3.2.2012 – 001/18-07-2007-ECCC/SC (Co-Prosecutors v. KAING Guek Eav, Appeal Judgement)*, Rn. 531.

<sup>145</sup> Anders hingegen IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), *Response v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3010 (Prosecutor v. Lubanga, Joint Response to the „Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l’appel à l’encontre de la ‘Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations’*, rendue par la Chambre de première instance le 7 août 2012“), Rn. 63, die den balance of probabilities Maßstab (in wenig überzeugender Weise) aus Regel 94 Abs. 1 RPE ableiten wollen.

<sup>146</sup> *Bock* (Fn. 12), S. 595; siehe auch *Zegveld*, *Journal of International Criminal Justice* 8 (2010), 79 (102); für einen weiten Ermessensspielraum der Kammer hingegen *Dwertmann* (Fn. 12), S. 230.

aus die Anwendung anderer, vom „balance of probabilities“-Standard abweichender Beweisgrade diskutiert worden ist.<sup>147</sup>

Darüber hinaus wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Kammer im Zusammenhang mit dem anwendbaren Beweisgrad auch dargelegt hätte, inwieweit sie Beweiserleichterungen<sup>148</sup> insbesondere in Form von Vermutungen<sup>149</sup> zugunsten der Geschädigten für zulässig erachtet.<sup>150</sup> Entsprechende Vorbilder lassen sich vor allem in der Rechtsprechung des IAGMR finden.<sup>151</sup> Dieser hält es für evident und damit für nicht weiter beweisbedürftig, dass bestimmte gravierende Menschenrechtsverletzungen sowohl beim direkten Opfer als auch bei dessen nächsten Angehörigen<sup>152</sup> kompensationsfähige immaterielle Schäden verursachen.<sup>153</sup> Die Anwendung solcher und ähnli-

<sup>147</sup> IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 39 (prima facie standard of proof bei Wiedergutmachungen auf individueller Basis), Rn. 40 (plausible case/predominantly probable claim/credibly demonstrated claim bei Wiedergutmachungen auf kollektiver Basis); siehe auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 24; IStGH (Defence), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2866 (Prosecutor v. Lubanga, Observations de la Défense sur les principes et la procédure applicables à la réparation), Rn. 40; siehe auch den Überblick über die Diskussion bei Redress (Fn. 13), S. 63 ff.

<sup>148</sup> Zu einer möglichen Umkehrung der Beweislast *Zegveld* (Fn. 140), S. 621.

<sup>149</sup> Völlig auszuschließen scheint die Kammer die Anwendung von Vermutungsregeln nicht, vgl. den Verweis auf die Rechtsprechung von IACHR und EGMR in IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 248 mit Fn. 433.

<sup>150</sup> Siehe auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 24: Forderung nach einem „presumption of harm standard“.

<sup>151</sup> Siehe aber auch die weiteren Beispiele bei *Dwertmann* (Fn. 12), S. 241 f.

<sup>152</sup> IAGMR, Urt. v. 24.10.2012 – Series C No. 251 (Nadege Dorzema et al. v. Dominican Republic; Merits, Reparations and Costs), Rn. 287; Nachweise zur älteren Rechtsprechung bei *Bock* (Fn. 12), S. 594 Fn. 2404 f.; siehe auch IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Response v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3010 (Prosecutor v. Lubanga, Joint Response to the „Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l’appel à l’encontre de la ‚Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations‘, rendue par la Chambre de première instance le 7 août 2012“), Rn. 55 ff.; Redress (Fn. 13), S. 58.

<sup>153</sup> IAGMR, Urt. v. 3.4.2009 – Series C No. 196 (Kawas-Fernández v. Honduras, Merits, Reparations and Costs), Rn. 185;

cher Vermutungen könnte das Wiedergutmachungsverfahren stark vereinfachen. Dies ist nicht nur unter prozessökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll. Vielmehr könnte den Opfern auf diese Weise die möglicherweise sehr belastende Darlegung und Diskussion der psychischen und emotionalen Tatfolgen erspart bleiben.

*Grundsatz:* Wiedergutmachung bedarf der Zustimmung durch die Begünstigten.<sup>154</sup>

Das Zustimmungserfordernis ist Ausdruck des Autonomieprinzips.<sup>155</sup> Wenn der Geschädigte keine Wiedergutmachung will – sei es, dass er das gerichtliche Verfahren scheut, sei es, dass er kein „Blutgeld“ von dem Täter annehmen will<sup>156</sup> – so ist dies zu akzeptieren. Dies gilt umso mehr, als mit einer aufgedrängten Wiedergutmachung typischerweise keinerlei positive Effekte verbunden sein werden, da die Opfer sie lediglich als unangemessene Bevormundung oder als Versuch, ihr Schweigen zu erkaufen, empfinden werden.<sup>157</sup> Interessant ist dieser Grundsatz auch weniger wegen seiner uneingeschränkt begrüßenswerten Kernaussage, sondern vielmehr wegen seiner möglichen Implikationen. Gem. Art. 75 Abs. 1 IStGH-Statut kann der Gerichtshof Wiedergutmachung entweder auf Antrag der Geschädigten oder unter außergewöhnlichen Umständen auch aus eigener Initiative zusprechen. Da im ersten Fall die Geschädigten bereits mit der Antragsstellung ihr grundsätzliches Einverständnis mit den Wiedergutmachungsleistungen zum Ausdruck gebracht haben, könnte die Betonung des Autonomieprinzips ein Hinweis darauf sein, dass die Kammer der Ausübung ihrer proprio motu-Befugnisse grundsätzlich offen gegenübersteht.<sup>158</sup> Dies wäre zu begrü-

IAGMR, Urt. v. 4.9.2012 – Series C No. 250 (Case of the Río Negro Massacres v. Guatemala; Preliminary Objection, Merits, Reparations, and Costs), Rn. 312; IAGMR, Urt. v. 24.10.2012 – Series C No. 251 (Nadege Dorzema et al. v. Dominican Republic, Merits, Reparations and Costs), Rn. 287; IAGMR, Urt. v. 25.10.2012 – Series C No. 252 (Case of the Massacres of El Mozote and nearby places v. El Salvador, Merits, Reparations and Costs), Rn. 383 („[...] it is inherent in human nature that anyone who suffers a violation of his or her human rights experiences suffering“); Nachweise zur älteren Rechtsprechung bei *Bock* (Fn. 12), S. 594 Fn. 2403.

<sup>154</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 204.

<sup>155</sup> *Bock* (Fn. 12), S. 558.

<sup>156</sup> *Roht-Arriaza*, Hastings International and Comparative Law Review 27 (2003-2004), 157 (180); *Hamber* (Fn. 24), S. 139; *ders.* (Fn. 25), S. 568; *Mani* (Fn. 22), S. 77; *Schotsmans* (Fn. 24), S. 131.

<sup>157</sup> *Bock* (Fn. 12), S. 559; siehe auch *Roht-Arriaza*, Hastings International and Comparative Law Review 27 (2003-2004), 157 (180); *Hamber* (Fn. 24), S. 139.

<sup>158</sup> Siehe auch IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 187; IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 29.8.2012

ben, da die Antragstellung bereits aufgrund der großen örtlichen Distanz zwischen den Opfern und dem IStGH eine nicht zu unterschätzende Hürde darstellt.<sup>159</sup> Das Beharren auf das Antragserfordernis würde daher wohl faktisch zahlreiche Opfer von den Wiedergutmachungsleistungen ausschließen und liefe daher dem Gleichheitsgrundsatz zuwider.

## 2. Art der Wiedergutmachung

*Grundsatz:* Die Wiedergutmachung soll verhältnismäßig und angemessen sein sowie zügig erfolgen.<sup>160</sup>

Dieser Grundsatz entspricht der Nr. 15 der UN Basic Principles. Hiernach muss die Wiedergutmachung der Intensität der Tatschäden gerecht werden. Insbesondere darf im Falle einer monetären Entschädigung die den Opfern zugesprochene Summe nicht so niedrig sein, dass sie als Bagatellisierung des erlittenen Unrechts empfunden wird.<sup>161</sup> Darüber hinaus soll der durch die Tat verursachte unrechtmäßige Zustand schnellst-

möglich beseitigt werden. Die Forderung nach einer zügigen, zeitnahen Wiedergutmachung trägt zudem der Tatsache Rechnung, dass das Wiedergutmachungsverfahren für die Betroffenen eine erhebliche Belastung darstellen kann, da sie ggf. erneut um die Anerkennung ihres Opferstatus kämpfen müssen.<sup>162</sup> Lässt sich dieser Grundsatz auf normativer Ebene daher ohne weiteres als elementares Gebot der Gerechtigkeit legitimieren, so erweist sich seine Umsetzung zumindest als schwierig. Das Recht auf angemessene und verhältnismäßige Entschädigung kann nur im Rahmen der dem Verurteilten und dem Treuhandfonds zur Verfügung stehenden (begrenzten) Ressourcen erfüllt werden. Wiedergutmachungsanordnungen durch den IStGH können zudem erst im Anschluss an das komplexe, zeitaufwendige Strafverfahren ergehen. Allein zwischen der Überstellung Lubangas an den IStGH (16.3.2006) und seiner erstinstanzlichen Verurteilung (14.3.2012) liegen knapp sechs Jahre; zwischen den angeklagten Taten (2.6.-13.8.2003) und der erstinstanzlichen Verurteilung sogar ungefähr neun Jahre. Das Recht auf zügige Wiedergutmachung wird daher durch seine strafprozessuale Einbindung relativiert.

*Grundsatz:* Wiedergutmachung kann durch Rückerstattung, Entschädigung, Rehabilitierung und andere Maßnahmen, insbesondere solchen, mit einer symbolischen, vorbeugenden oder den gesellschaftlichen Übergangs- und Stabilisierungsprozess fördernden („transformative“) Wirkung, geleistet werden.<sup>163</sup>

– ICC-01/04-01/06-2911 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on the defence request for leave to appeal the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 29; kritisch hierzu IStGH (Defence), Requête v. 13.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2905 (Prosecutor v. Lubanga, Requête de la Défense sollicitant l’autorisation d’interjeter appel de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation“ rendue le 7.8.2012), Rn. 9 lit. a; IStGH (Defence), Mémoire v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2972 (Prosecutor v. Lubanga, Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l’appel à l’encontre de la “Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations”, rendue par la Chambre de première instance le 7.8.2012), Rn. 32 ff. mit Erwiderung in IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Response v. 17.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2907 (Prosecutor v. Lubanga, Joint response to the „Defence application for leave to appeal against the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations rendered on 7 August 2012“), Rn. 35.

<sup>159</sup> IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 11; IStGH (United Nations Children’s Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 33; *Muttukumaru* (Fn. 39), S. 269; *Jorda/de Hemptinne* (Fn. 18), S. 1407; *de Brouwer*, *Leiden Journal of International Law* 20 (2007), 207 (222); *Dwertmann* (Fn. 12), S. 208; *Evans* (Fn. 7), S. 106.

<sup>160</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 242.

<sup>161</sup> Siehe hierzu auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 11, 30.

Hinsichtlich der möglichen Arten der Wiedergutmachung enthält die Entscheidung nichts Überraschendes. Die Kammer definiert zunächst die in Art. 75 IStGH-Statut verwendeten Begriffe Rückerstattung, Entschädigung und Rehabilitierung unter Rückgriff auf die UN Basic Principles und die einschlägige Rechtsprechung des IAGMR:<sup>164</sup> Rückerstattung zielt auf die Wiederherstellung des Zustandes, der vor der Tatbegehung bestand; Entschädigung bezieht sich auf den Ausgleich immaterieller oder materieller Tatschäden durch Geldzahlungen; Rehabilitierung umfasst alle Maßnahmen, die dem Opfer bei der Überwindung der Tatfolgen helfen – seien diese nun medizinischer, therapeutischer, sozialer oder sonstiger Natur.<sup>165</sup> Darüber hinaus geht die Kammer zutreffend (siehe

<sup>162</sup> *Roht-Arriaza*, *Hastings International and Comparative Law Review* 27 (2003-2004), 157 (179); *Bock* (Fn. 12), S. 589.

<sup>163</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 222.

<sup>164</sup> Siehe hierzu auch IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 82 ff.; *Redress, Implementing Victim’s Rights, A Handbook on the Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation*, 2006, o S. 33 ff., online verfügbar unter <http://www.redress.org/downloads/publications/ReparationPrinciples.pdf> (1.7.2013); *Bock* (Fn. 12), S. 559-567; *Abo Youssef* (Fn. 16), S. 165-171; *Dwertmann* (Fn. 12), S. 129-149.

<sup>165</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing

schon oben III.) davon aus, dass das IStGH-Statut auch sonstige Arten der Wiedergutmachung akzeptiert. In ihrer exemplarischen Auflistung<sup>166</sup> fokussiert sich die Kammer vor allem auf Maßnahmen, die dem Bedürfnis der Opfer nach gesellschaftlicher Anerkennung<sup>167</sup> Rechnung tragen:

- Veröffentlichung und Verbreitung des Strafurteils, das – im Einklang mit der Rechtsprechung des IAGMR<sup>168</sup> – selbst als eine Form der symbolischen Wiedergutmachung angesehen wird.<sup>169</sup>
- Kampagnen zur Verbesserung der Situation der Opfer und ihrer gesellschaftlichen Anerkennung;<sup>170</sup>
- Anerkennung individueller Opfererfahrungen in gesonderten Zertifikaten;<sup>171</sup>

principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 223 ff.

<sup>166</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 237 ff.

<sup>167</sup> Siehe hierzu IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 17.

<sup>168</sup> IAGMR, Urt. v. 3.4.2009 – Series C No. 196 (Kawas-Fernández v. Honduras, Merits, Reparations and Costs), Rn. 184; IAGMR, Urt. v. 24.10.2012 – Series C No. 251 (Nadege Dorzema et al. v. Dominican Republic, Merits, Reparations and Costs), Rn. 254; IAGMR, Urt. v. 25.10.2012 – Series C No. 252 (Case of the Massacres of El Mozote and nearby places v. El Salvador, Merits, Reparations and Costs), Rn. 335; IAGMR, Urt. v. 28.11.2012 – Series C No. 257 (Case of Artavia Murillo et al. [„In vitro fertilization“] v. Costa Rica, Preliminary Objections, Merits, Reparations and Costs), Rn. 323; siehe auch IAGMR, Urt. v. 4.9.2012 – Series C No. 250 (Case of the Río Negro Massacres v. Guatemala, Preliminary Objection, Merits, Reparations, and Costs), Rn. 273; Nachweise zur älteren Rechtsprechung bei *Bock* (Fn. 12), S. 199 Fn. 135; i.E. ebenso ECCC (Trial Chamber), Urt. v. 26.7.2010 – 001/18-07-2007/ECCC/TC (Co-Prosecutors v. KAING Guek Eav, Judgement), Rn. 669.

<sup>169</sup> Ebenso IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 79 ff.; IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 13; IStGH (Women’s Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 55.

<sup>170</sup> Siehe auch die in IStGH (Justice-plus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 34 entwickelten Vorschläge.

<sup>171</sup> Angeregt in IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecu-

- Entschuldigung durch den Täter,<sup>172</sup> wobei diese Wiedergutmachungsmaßnahme nicht gegen den Willen Lubangas angeordnet werden darf.<sup>173</sup>

*Grundsatz:* Die Wiedergutmachung kann sowohl auf kollektiver als auch auf individueller Basis erfolgen.<sup>174</sup>

Gemäß Regel 97 Abs. 1 RPE kann das Gericht die Wiedergutmachung auf individueller oder kollektiver Basis zusprechen. Im ersten Fall kommt die Leistung unmittelbar einem bestimmten Opfer zugute. Ziel ist die Kompensation der individuellen Tatfolgen.<sup>175</sup> Regel 97 Abs. 1 RPE scheint diese Form der Wiedergutmachung als Regelfall anzusehen.<sup>176</sup> Aufgrund ihrer starken Orientierung am Ideal der Einzelfallgerechtigkeit<sup>177</sup> dürfte sie – theoretisch betrachtet – aus Sicht

tor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 23.

<sup>172</sup> IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 111; IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 77.

<sup>173</sup> Ebenso IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 68 f.; *Bock* (Fn. 12), S. 565; a.A. wohl IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 128; offengelassen in IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 13 („to order or request Mr. Lubanga to issue a public and/or private apology to the individual victims that acknowledges his responsibility for their suffering.“)

<sup>174</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 219-221.

<sup>175</sup> *Dwertmann* (Fn. 12), S. 120.

<sup>176</sup> Dies ergibt sich daraus, dass Wiedergutmachung auf kollektiver Basis nur dann angeordnet werden darf, wenn dies angemessen erscheint; siehe *Dwertmann* (Fn. 12), S. 121; *Bock* (Fn. 12), S. 571; ähnlich auch IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2869 (Prosecutor v. Lubanga, Observations du groupe de victimes VO2 concernant la fixation de la peine et des réparations), Rn. 12.

<sup>177</sup> IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 9; IStGH (United Nations Children’s Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 7, 25; siehe auch IStGH (Women’s Initia-

der Geschädigten zumeist vorzugswürdig sein.<sup>178</sup> Ihre praktische Umsetzung bereitet allerdings erhebliche Probleme. In Anbetracht der hohen Anzahl an Opfern und der Intensität der von ihnen erlittenen Tatschäden werden die begrenzten Ressourcen des Verurteilten (soweit überhaupt vorhanden) und des Treuhandfonds typischerweise nicht ausreichen, um ihnen allen eine angemessene Entschädigung zu zahlen.<sup>179</sup> Zudem kommt auf diese Weise nur eine sehr geringe Anzahl an Opfern, nämlich diejenigen, die nach Kenntnis des Gerichtshofs durch die Taten, deretwegen Lubanga verurteilt wurde, geschädigt wurden, in den Genuss von Wiedergutmachungsleistungen. Die Auswirkungen der oben geschilderten Selektionsprozesse (oben IV., V.) kommen in vollem Umfang zur Geltung.<sup>180</sup> Abmildern lassen sich diese Probleme, indem Wie-

tives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 28.

<sup>178</sup> Siehe IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 15; IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 9; IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2869 (Prosecutor v. Lubanga, Observations du groupe de victimes VO2 concernant la fixation de la peine et des réparations), Rn. 16; siehe zur mangelnden Akzeptanz der durch die ECCC angeordneten kollektiven Wiedergutmachungsleistungen *McGonigle Leyh*, *International Criminal Law Review* 12 (2012), 375 (405); in eine andere Richtung deuten hingegen die von *Sperfeldt*, *International Criminal Law Review* 12 (2012), 457 (473), zitierten Umfrageergebnisse.

<sup>179</sup> IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 12; siehe auch *Roht-Arriaza*, *Hastings International and Comparative Law Review* 27 (2003-2004), 157 (185); *Dwertmann* (Fn. 12), S. 121; Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14 March 2012), Rn. 151; IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 10.

<sup>180</sup> Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012), Rn. 151; siehe auch IStGH (Justice-plus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 25; IStGH (Women’s Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the

dergutmachung auf kollektiver Basis gewährt wird.<sup>181</sup> Dabei lassen IStGH-Statut und Verfahrensregeln offen, was hierunter zu verstehen ist.<sup>182</sup> Begünstigter solcher Maßnahmen könnte zum einen eine Gruppe namentlich bekannter, individualisierter Opfer – beispielsweise die acht an einem bestimmten Tag in einem bestimmten Dorf rekrutierten Kinder – sein. Denkbar wäre es aber auch, als potenzielle Adressaten der Wiedergutmachung allgemein eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe (beispielsweise „die Kindersoldaten“) oder – unter Berücksichtigung der kollektiven Dimension völkerrechtlicher Verbrechen – sogar die von den Taten betroffene Gesellschaft<sup>183</sup> als solche anzusehen.<sup>184</sup> Die Kammer scheint ein solch weites Verständnis des Begriffs der kollektiven Wiedergutmachung

Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 30; IStGH (United Nations Children’s Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 28.

<sup>181</sup> IStGH (United Nations Children’s Fund), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2878 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on the principles to be applied, and the procedure to be followed by the Chamber with regard to reparations), Rn. 35 f.; *Roht-Arriaza*, *Hastings International and Comparative Law Review* 27 (2003-2004), 157 (185); *Rombouts/Sardaro/Van-deginste* (Fn. 3), S. 460 ff. Rn. 153 ff.; *Zegveld*, *Journal of International Criminal Justice* 8 (2010), 79 (99).

<sup>182</sup> IStGH (Justice-plus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 35; IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 50.

<sup>183</sup> I.d.S. siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012), Rn. 154.

<sup>184</sup> Siehe die Differenzierung zwischen kollektiver Wiedergutmachung in einem engen und einem weiten Sinne IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2863 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning reparations), Rn. 83 ff.; vgl. auch IStGH (Defence), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2866 (Prosecutor v. Lubanga, Observations de la Défense sur les principes et la procédure applicables à la réparation), Rn. 52; IStGH (Justice-plus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 41; IStGH (Women’s Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 11; *Di Giovanni*, *Journal of International Law and International Relations* 2 (2005-2006), 25 (46); *Dwertmann* (Fn. 12), S. 121; *Zegveld*, *Journal of International Criminal Justice* 8 (2010), 79 (98), sowie die verschiedenen Definitionsansätze bei *Sperfeldt*, *International Criminal Law Review* 12 (2012), 457 (471).



zu favorisieren.<sup>185</sup> Dieses hat den Vorteil, den Kreis der Begünstigten möglichst weit zu ziehen und damit die negativen Auswirkungen von Selektionsprozessen möglichst gering zu halten.<sup>186</sup> Gleichzeitig wird dadurch aber der Zusammenhang zwischen individueller Tat und Wiedergutmachung, die mehr und mehr zu einer Maßnahme des gesellschaftlichen Wiederaufbaus<sup>187</sup> wird (reconciliation als reparation), gelockert.<sup>188</sup> Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn die kollektive Wiedergutmachung durch den Verurteilten geleistet werden soll, da sich insoweit die Frage nach den Konsequenzen des von der Kammer aufgestellten Kausalitätserfordernisses (oben VII. 1.) aufdrängt. Der Grundsatz, dass der Verurteilte nur

<sup>185</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 221 („When collective reparations are awarded, these should address the harm the victims suffered on an individual and collective basis“).

<sup>186</sup> Siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012), Rn. 167; IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 15; IStGH (Justice-plus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 38 f.; IStGH (Women’s Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 20; IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2869 (Prosecutor v. Lubanga, Observations du groupe de victimes VO2 concernant la fixation de la peine et des réparations), Rn. 16; siehe auch *Rombouts/Sardaro/Vandeginste* (Fn. 3), S. 463 ff. Rn. 157 ff.

<sup>187</sup> *Di Giovanni*, Journal of International Law and International Relations 2 (2005-2006), 25 (42); siehe auch die Ausführungen in IStGH (Women’s Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women’s Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 17 sowie *Roht-Arriaza*, Hastings International and Comparative Law Review 27 (2003-2004), 157 (181); *Zegveld*, Journal of International Criminal Justice 8 (2010), 79 (98); *Evans* (Fn. 7), S. 107; Redress (Fn. 24), S. 4.

<sup>188</sup> *Bock* (Fn. 12), S. 573; siehe auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 14; IStGH (Defence), Mémoire v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2972 (Prosecutor v. Lubanga, Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l’appel à l’encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“, rendue par la Chambre de première instance le 7.8.2012), Rn. 138 ff.

dann und soweit in der Pflicht steht, wenn und wie die zu kompensierenden Schäden Folgen seiner strafbaren Handlung sind, gilt unabhängig von der konkreten Wiedergutmachungsform.<sup>189</sup> Dies könnte aber bedeuten, dass, sollte Lubanga beispielsweise zur Zahlung einer Geldsumme an ein Programm zur Wiedereingliederung von Kindersoldaten verpflichtet werden, sichergestellt sein muss, dass diese Spende nur zur Unterstützung derjenigen Kinder, deren Rekrutierung Gegenstand des Strafurteils ist, genutzt wird. Die Kammer hat leider die Gelegenheit, sich in grundsätzlicher Weise mit dem Verhältnis zwischen dem Grundsatz der individuellen Verantwortlichkeit und der Möglichkeit, Wiedergutmachung auf kollektiver Basis zuzusprechen,<sup>190</sup> auseinanderzusetzen, ungenutzt verstreichen lassen.

Darüber hinaus hält die Kammer im Einklang mit Rule 97 Abs. 1 RPE fest, dass kollektive und individuelle Wiedergutmachungsmaßnahmen kombinierbar sind, erklärt aber nicht, wie diese zu einem stimmigen Gesamtkonzept verbunden werden können. Unklar bleibt insbesondere, nach welchen Kriterien diejenigen Opfer, die zusätzlich in den Genuss von individuellen Wiedergutmachungsleistungen kommen, bestimmt werden sollen.<sup>191</sup> Die Kammer belässt es insoweit bei dem sehr allgemeinen Hinweis, dass verhindert werden müsse, dass

<sup>189</sup> Vgl. IStGH (Defence), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2866 (Prosecutor v. Lubanga, Observations de la Défense sur les principes et la procédure applicables à la réparation), Rn. 53 ff.; siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I’s „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 144, 149.

<sup>190</sup> Siehe hierzu *Bock* (Fn. 12), S. 592. Solche Überlegungen dürften auch der vom Treuhandfonds vorgeschlagenen Differenzierung (individuelle Wiedergutmachung durch den Verurteilten, kollektive Wiedergutmachung durch den Treuhandfonds) zugrunde liegen siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 25.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2872 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on Reparations in Response to the Scheduling Order of 14.3.2012), Rn. 17-19; ähnlich auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution’s Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 14.

<sup>191</sup> Siehe zum Beispiel die Vorschläge bei IStGH (Justice-plus u.a.), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2877 (Prosecutor v. Lubanga, Observations relatives au régime de réparation), Rn. 27; IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2869 (Prosecutor v. Lubanga, Observations du groupe de victimes VO2 concernant la fixation de la peine et des réparations), Rn. 24; IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 15 (Privilegierung direkter Opfer).

die Wiedergutmachungsanordnung zu gesellschaftlichen Spannungen führt.<sup>192</sup>

*Grundsatz:* Die Wiedergutmachungsanordnungen des Gerichtshofs ergehen unabhängig von den Entscheidungen anderer Gremien. Bei seiner Entscheidung kann der Gerichtshof aber berücksichtigen, ob und inwieweit die Opfer bereits anderweitig Wiedergutmachung erhalten haben.<sup>193</sup>

Gemäß Art. 75 Abs. 6 lassen die Wiedergutmachungsregeln des IStGH-Statuts die Rechte der Opfer nach einzelstaatlichem Recht oder nach dem Völkerrecht unberührt. Hierdurch wird insbesondere klargestellt, dass der im IStGH-Statut vorgesehene Schadensausgleich durch den Täter nicht die Staaten von ihren ggf. bestehenden völkerrechtlichen Wiedergutmachungsverpflichtungen (dazu oben I.) entbindet. Den Geschädigten soll nicht die Möglichkeit genommen werden, anderweitig weitergehende Rechte geltend zu machen.<sup>194</sup> Die verschiedenen nationalen und internationalen Wiedergutmachungsmechanismen stehen daher grundsätzlich unabhängig nebeneinander. Dessen ungeachtet sollen Wiedergutmachungsleistungen stets nur den entstandenen Schaden kompensieren, nicht aber zu einer Bereicherung der Geschädigten führen.<sup>195</sup> Die von der Kammer geforderte Berücksichtigung anderweitiger Wiedergutmachungsmaßnahmen verhindert eine Überkompensation einzelner Tatschäden und fördert eine gerechte Verteilung der begrenzten Ressourcen.<sup>196</sup>

### 3. Anordnungen gegenüber dem Treuhandfonds

*Grundsatz:* Die Hauptverfahrenskammer ist nach Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut ermächtigt, Wiedergutmachungsanordnungen unmittelbar gegen den Treuhandfonds zu erlassen und dabei auf seine logistischen und finanziellen Ressourcen zuzugreifen.<sup>197</sup>

Dieser Grundsatz betrifft das Verhältnis zwischen Gerichtshof und Treuhandfonds. Es geht darum, ob und inwieweit der Gerichtshof unmittelbar auf die sonstigen Ressourcen des

Treuhandfonds zugreifen und ihn zur Ausübung seiner Kompensationsfunktion verpflichten darf. Diese Frage ist im Lubanga-Verfahren wegen der Mittellosigkeit des Verurteilten<sup>198</sup> von entscheidender Bedeutung. Nach dem IStGH-Statut ist es zwar nicht ausgeschlossen, auch in solchen Fällen Wiedergutmachungsanordnungen unmittelbar gegen den Verurteilten zu erlassen.<sup>199</sup> Ungeachtet des damit möglicherweise verbundenen symbolischen Werts,<sup>200</sup> könnte ein solches Vorgehen aber bei den Begünstigten nicht erfüllbare Hoffnungen wecken.<sup>201</sup> Ein Wiedergutmachungssystem, das Leistungen zuspricht, die nicht realisierbar sind, wird auf Dauer an Akzeptanz verlieren. Verzichtet die Kammer daher darauf, den Verurteilten in die Pflicht zu nehmen, so hängt ihre weitere Rolle im Wiedergutmachungsverfahren maßgeblich davon ab, ob sie vom Treuhandfonds verlangen kann, anstelle des Verurteilten Wiedergutmachung zu leisten.

Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut gestattet es dem Gerichtshof lediglich anzuordnen, dass die zuerkannte Wiedergutmachung *über*, nicht aber *durch* den Treuhandfonds erfolgt.<sup>202</sup> Diese Formulierung wird teilweise dahin gehend verstanden, dass der Gerichtshof sich des Treuhandfonds lediglich in administrativer Hinsicht bei der Umsetzung seiner – gegen den Verurteilten gerichteten – Wiedergutmachungsanordnungen bedienen dürfe. Er sei aber nicht berechtigt, vom Treuhandfonds

<sup>198</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 269.

<sup>199</sup> IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 34; IStGH (Prosecution), Submission v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 28; IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 104.

<sup>200</sup> IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2864 (Prosecutor v. Lubanga, Observations sur la fixation de la peine et les réparations de la part des victimes a/0001/06 [...]), Rn. 34 f.; IStGH (Women's Initiatives for Gender Justice), Observations v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2876 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Women's Initiatives for Gender Justice on Reparations), Rn. 54; IStGH (International Center for Transitional Justice), Submission v. 10.5.2012 – ICC-01/04-01/06-2879 (Prosecutor v. Lubanga, Submission on reparations issues), Rn. 63.

<sup>201</sup> IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 10.

<sup>202</sup> Für die englische Sprachfassung lässt sich ähnlich argumentieren: „The Court may order that the award for reparations be made through (not by) the Trust Fund [...]“.

<sup>192</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 221.

<sup>193</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 201.

<sup>194</sup> *Donat-Cattin* (Fn. 18), Art. 75 Rn. 24; siehe auch *Schabas* (Fn. 83), S. 883; *Bock* (Fn. 12), S. 588.

<sup>195</sup> Siehe auch IStGH (Defence), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2866 (Prosecutor v. Lubanga, Observations de la Défense sur les principes et la procédure applicables à la réparation), Rn. 60, 68 ff.

<sup>196</sup> Siehe auch IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 50.

<sup>197</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 270.

die Aufstockung der unzureichenden Mittel des Verurteilten zu verlangen.<sup>203</sup> Ungeachtet der Tatsache, dass diese Auffassung unter dem Gesichtspunkt der organisatorischen Unabhängigkeit des Treuhandfonds und seiner daraus resultierenden Mittelhoheit vorzugswürdig erscheint, hat sich die Lubanga-Kammer ihr nicht angeschlossen. Sie geht vielmehr davon aus, dass sie über Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut auch auf die sonstigen Mittel des Treuhandfonds zugreifen dürfe.<sup>204</sup> Zur Begründung verweist die Kammer im Wesentlichen auf Nr. 56 GeschO THV, derzufolge der Fonds dafür Sorge zu tragen hat, dass stets in einem angemessenen Umfang Gelder zur Kompensation der begrenzten Zahlungsfähigkeit der Verurteilten zur Verfügung stehen.<sup>205</sup> Bezüglich der Ausübung dieser Kompetenzen legt sich die Kammer allerdings Zurückhaltung auf: Sie will nur diejenigen sonstigen Mittel des Treuhandfonds zur Wiedergutmachung einsetzen, die hierfür zur Seite gelegt wurden.<sup>206</sup> Soweit also der Treuhandfonds für seine Kompen-

<sup>203</sup> IStGH (Prosecution), Submissions v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2867 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions on the principles and procedures to be applied in reparations), Rn. 31 f.; *Bock* (Fn. 12), S. 577; siehe auch IStGH (Trust Fund for Victims), Report v. 1.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2803-Red (Prosecutor v. Lubanga, Public Redacted Version of ICC-01/04-01/06-2803-Conf-Exp, Trust Fund for Victims' First Report on Reparations), Rn. 127 mit Fn. 40.

<sup>204</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 271; im Ergebnis ebenso IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 18.4.2012 – ICC-01/04-01/06-2869 (Prosecutor v. Lubanga, Observations du groupe de victimes VO2 concernant la fixation de la peine et des réparations), Rn. 41; IStGH (Registry), Report v. 2.9.2011 – ICC-01/04-01/06-2806 (Prosecutor v. Lubanga, Second Report of the Registry on Reparations), Rn. 125 f.

<sup>205</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 271; ähnlich schon IStGH (Pre-Trial Chamber I), Entsch. v. 11.4.2008 – ICC-01/04-492 (Situation in the Congo, Decision on the Notification of the Board of Directors of the Trust Fund for Victims in accordance with Regulation 50 of the Regulations of the Trust Fund), S. 7.

<sup>206</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 271 („In circumstances when the Court orders reparations against an indigent convicted person, the Court may draw upon ‚other resources‘ that the TFV has made reasonable efforts to set aside.“). Hintergrund dürfte die Überlegung sein, dass die von der Kammer herangezogene Nr. 56 GeschO THV ausdrücklich das humanitäre Mandat des Treuhandfonds unberührt lässt: „Without prejudice to its activities under paragraph 50, sub-paragraph (a), [...]“; siehe auch IStGH (Pre-Trial Chamber I), Entsch. v. 11.4.2008 – ICC-01/04-492 (Situation in the Congo, Decision on the Notification of the Board of

sationsfunktion in angemessenem Umfang Gelder bereitstellt, scheint auch die Kammer ihm das Recht, autonom über die Verteilung und den Einsatz seiner Mittel zu entscheiden, zuzubilligen. Dies wird dadurch bestätigt, dass die Kammer die Vorschläge des Treuhandfonds zur Art und Weise der Mittelverwendung (Beschränkung auf kollektive Wiedergutmachungsmaßnahmen, Entwicklung eines gesellschaftsorientierten Ansatzes) in vollem Umfang billigt. Eine derart behutsame Ausübung der (weit verstandenen) Kompetenzen aus Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut dürfte auch aus Sicht des Treuhandfonds akzeptabel sein.

## VIII. Die Übertragung des weiteren Verfahrens an den Treuhandfonds

Unabhängig von der Kritik im Detail bewegt sich die Kammer mit den von ihr aufgestellten Wiedergutmachungsgrundsätzen im Rahmen des Erwartbaren. Die Überraschung hat sie sich für den Schluss aufgehoben. Unter der Überschrift „Umsetzung des Wiedergutmachungsplans“ billigt die Kammer zunächst das vom Treuhandfonds vorgeschlagene weitere fünfstufige Vorgehen:<sup>207</sup>

- 1. Bestimmung der an dem Wiedergutmachungsverfahren zu beteiligenden örtlichen Gemeinschaften („localities“) durch Treuhandfonds, Kanzlei und OPCV,
- 2. Absprache und Beratung mit den örtlichen Gemeinschaften über potenzielle Wiedergutmachungsmaßnahmen,
- 3. Bewertung der Tatschäden durch eine Expertengruppe,
- 4. Öffentliche Debatten in den örtlichen Gemeinschaften zur Offenlegung der Wiedergutmachungsgrundsätze und des weiteren Vorgehens und
- 5. Sammlung von Vorschlägen zur Wiedergutmachung, die der Kammer zur Genehmigung vorgelegt werden.

Anschließend lehnt es die Kammer ab, weitere Anordnungen zu treffen. Sie will weder dem Treuhandfonds genauere Vorgaben zum Einsatz seiner Mittel machen,<sup>208</sup> noch über die bisher eingegangenen Anträge auf Wiedergutmachung entscheiden.<sup>209</sup> Diese werden vielmehr an den Treuhandfonds weiter-

Directors of the Trust Fund for Victims in accordance with Regulation 50 of the Regulations of the Trust Fund), S. 7.

<sup>207</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 281 f.

<sup>208</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 287.

<sup>209</sup> Kritisch IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Response v. 17.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2907 (Prosecutor v. Lubanga, Joint response to the „Defence application for leave to appeal against the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations rendered on 7 August 2012“), Rn. 15; IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Appeal v. 24.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2909 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial

geleitet, dem es freigestellt wird, die Antragsteller nach eigenem Ermessen in seine Wiedergutmachungsmaßnahmen zu integrieren.<sup>210</sup> Dem Gerichtshof – genauer gesagt, einer extra zu diesem Zweck zu konstituierenden Kammer<sup>211</sup> – kommt

---

Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations of 7.8.2012), Rn. 17 ff.; IStGH (Legal Representatives of Victims), Appeal v. 3.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2914 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation of 7.8.2012), Rn. 11 ff.

<sup>210</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 284; siehe auch IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Response v. 17.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2907 (Prosecutor v. Lubanga, Joint response to the „Defence application for leave to appeal against the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations rendered on 7 August 2012“), Rn. 14.

<sup>211</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 260 ff.; kritisch hierzu IStGH (Defence), Requête v. 13.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2905 (Prosecutor v. Lubanga, Requête de la Défense sollicitant l'autorisation d'interjeter appel de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation“ rendue le 7.8.2012), Rn. 14; IStGH (Defence), Document v. 10.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2919 (Prosecutor v. Lubanga, Defence document in support of the appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation, rendered on 7.8.2012), Rn. 15 ff.; IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Response v. 17.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2907 (Prosecutor v. Lubanga, Joint response to the „Defence application for leave to appeal against the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations rendered on 7 August 2012“), Rn. 21 ff.; IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Appeal v. 24.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2909 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations of 7 August 2012), Rn. 21 ff.; IStGH (Defence), Mémoire v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2972 (Prosecutor v. Lubanga, Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l'appel à l'encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“, rendue par la Chambre de première instance le 7.8.2012), Rn. 21 ff.; IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Document v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2970 (Prosecutor v. Lubanga, Document déposé à l'appui de l'appel à l'encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“ délivrée par la Chambre de première instance I le 7.8.2012), Rn. 30 ff.; IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Response v. 8.4.2013 – ICC-01/04-

während des gesamten weiteren Wiedergutmachungsprozesses lediglich eine beobachtende und kontrollierende Funktion zu („monitoring und oversight function“).<sup>212</sup>

Verteidigung<sup>213</sup> und Opfervertreter<sup>214</sup> kritisieren in seltener Übereinstimmung, dass die Kammer hierdurch in unzulässiger Weise richterliche Funktionen auf den Treuhandfonds, die Kanzlei und das Expertengremium übertragen habe.<sup>215</sup>

---

01/06-3010 (Prosecutor v. Lubanga, Joint Response to the „Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l'appel à l'encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“, rendue par la Chambre de première instance le 7.8.2012“), Rn. 34 ff.; zustimmend hingegen IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 98 f.; IStGH (Prosecution), Response v. 21.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2924 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Response to the Defence Appeal against the „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 26 ff.

<sup>212</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 286.

<sup>213</sup> IStGH (Defence), Requête v. 13.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2905 (Prosecutor v. Lubanga, Requête de la Défense sollicitant l'autorisation d'interjeter appel de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation“ rendue le 7.8.2012), Rn. 13; IStGH (Defence), Document v. 10.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2919 (Prosecutor v. Lubanga, Defence document in support of the appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation, rendered on 7.8.2012), Rn. 8 ff.; IStGH (Defence), Mémoire v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2972 (Prosecutor v. Lubanga, Mémoire de la Défense de M. Thomas Lubanga relatif à l'appel à l'encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation“, rendue par la Chambre de première instance le 7.8.2012), Rn. 9 ff.

<sup>214</sup> IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Response v. 17.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2907 (Prosecutor v. Lubanga, Joint response to the „Defence application for leave to appeal against the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations rendered on 7.8.2012“), Rn. 25 ff.; IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Appeal v. 24.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2909 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations of 7.8.2012), Rn. 25 ff.

<sup>215</sup> Siehe hierzu auch IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 75 ff.

Dieser Einwand verkennt die weitreichenden Gestaltungsmöglichkeiten, die Art. 75 IStGH-Statut der Kammer einräumt. Aus meiner Sicht spricht viel dafür, die Lubanga-Kammer dahin gehend zu verstehen, dass sie zwar im Sinne des Art. 75 Abs. 1 IStGH-Statut Grundsätze für die Wiedergutmachung aufstellt, gleichzeitig aber erklärt, dass sie keine konkreten Wiedergutmachungsanordnungen erlassen wird.<sup>216</sup> Da die Wahrnehmung der in Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut vorgesehenen Kompetenzen vollständig im Ermessen der Kammer steht (siehe schon oben II.), wäre ein solches Vorgehen zulässig. Eine Verletzung des Rechts der Opfer auf Wiedergutmachung wird man hierin nicht sehen können.<sup>217</sup> Vollumfängliche völkerrechtliche Anerkennung dürfte dieses Recht nur insoweit genießen, als es gegenüber Staaten ausgeübt wird. Selbst wenn man dies auch hinsichtlich der Ansprüche gegenüber dem individuellen Täter bejahen wollen würde, wäre damit noch nicht gesagt, dass ein solches Recht zwingend im Verfahren vor dem IStGH realisiert werden können muss. Dass die Kammer sich bzw. dem Gerichtshof Überwachungs- und Genehmigungsbefugnisse vorbehält, steht diesem Verständnis der

<sup>216</sup> Dies entspricht auch dem Selbstverständnis der Kammer, IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 29.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2911 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on the defence request for leave to appeal the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 20; siehe auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 1.10.2012 – ICC-01/04-01/06-2930 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions further to the Appeals Chamber's „Directions on the conduct of the appeal proceedings“), Rn. 18 ff. Die Berufungskammer hat diese Frage bei ihrer Entscheidung über die Zulässigkeit der Beschwerde offen gelassen IStGH (Appeals Chamber), Entsch. v. 14.12.2012 – ICC-01/04-01/06-2953 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on the admissibility of the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“ and directions on the further conduct of proceedings), Rn. 51 („the Impugned Decision should be deemed to be an order for reparations“); kritisch hierzu IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 46.

<sup>217</sup> In diese Richtung aber IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Appeal v. 24.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2909 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations of 7.8.2012), Rn. 19; IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Document v. 5.2.2013 – ICC-01/04-01/06-2970 (Prosecutor v. Lubanga, Document déposé à l'appui de l'appel à l'encontre de la „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“ délivrée par la Chambre de première instance I le 7.8.2012), Rn. 24.

Entscheidung nicht entgegen.<sup>218</sup> Vielmehr unterliegt der Treuhandfonds stets – schon um zu verhindern, dass seine Aktivitäten das Strafverfahren präjudizieren bzw. die Rechte des Angeklagten beeinträchtigen<sup>219</sup> – in gewissem Umfang einem Monitoring durch den Gerichtshof. Daher lassen sich die Ausführungen der Lubanga-Kammer auch als Konkretisierung ihrer allgemeinen, in Nr. 50 lit. a sublit. ii GeschO THF niedergelegten Kontrollbefugnisse verstehen.

Entgegen der hier vertretenen Auffassung wird im Beschwerdeverfahren teilweise vorgebracht, dass die Kammer den Treuhandfonds angewiesen habe, Wiedergutmachung auf kollektiver Ebene zu leisten und damit eine konkrete Anordnung im Sinne des Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut erlassen habe.<sup>220</sup> Auch in diesem Fall muss das Vorgehen der Kammer

<sup>218</sup> Kritisch allerdings IStGH (Legal Representatives of Victims), Appeal v. 3.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2914 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation of 7.8.2012), Rn. 14.

<sup>219</sup> Siehe hierzu *Bock* (Fn. 12), S. 581; *de Brouwer/Heikkilä* (Fn. 7), S. 1361 f.

<sup>220</sup> IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Appeal v. 24.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2909 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations of 7.8.2012), Rn. 14; IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 39 ff.; siehe auch IStGH (Defence), Appeal v. 6.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2917 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal of the Defence for Mr Thomas Lubanga against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation rendered on 7.8.2012), Rn. 11; IStGH (Legal Representatives of Victims), Observations v. 28.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2926 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on the appeals against the Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 10 f.; IStGH (Office of Public Counsel for Victims), Observations v. 1.10.2012 – ICC-01/04-01/06-2928 (Prosecutor v. Lubanga, Observations on issues concerning the admissibility of appeals lodged by the Defence, the OPCV and the V01 and V02 teams against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations, rendered on 7.8.2012), Rn. 10 f. Streng genommen billigt die Kammer aber lediglich das vom Treuhandfonds vorgeschlagene Verfahren ohne eine eigene Anordnung zu treffen und ohne Vorgaben bezüglich der weiteren Behandlung der individuellen Wiedergutmachungsanträge zu machen; siehe hierzu auch IStGH (Appeals Chamber), Entsch. v. 14.12.2012 – ICC-01/04-01/06-2953 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on the admissibility of the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“ and directions on the further conduct of proceedings), Rn. 57 ff.



nicht zwingend als unzulässige Delegation richterlicher Kompetenzen angesehen werden. Die Entscheidung der Kammer, vor allem unter Berücksichtigung der begrenzten Ressourcen im vorliegenden Fall keine Wiedergutmachung auf individueller Basis zuzusprechen,<sup>221</sup> bewegt sich innerhalb des ihr von Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut, Regel 97 Abs. 1 RPE eingeräumten Ermessensspielraums. Bei der Bestimmung des Schadensumfangs und der Entwicklung angemessener Wiedergutmachungsmaßnahmen kann sich die Kammer zudem in weitem Umfang durch Experten (Regel 97 Abs. 2 RPE) und den Treuhandfonds<sup>222</sup> unterstützen lassen.<sup>223</sup> Durch die Weiterleitung der Anträge an den Treuhandfonds stellt die Kammer sicher, dass dieser die bisher von den Opfern geäußerten Wünsche und Vorstellungen einbeziehen kann. Sie werden ihm daher nicht zur Bescheidung, sondern lediglich zur Berücksichtigung übermittelt. Da die abschließende Genehmigung der entwickelten Vorschläge zur Wiedergutmachung zudem der Kammer obliegt, kommt es nicht zu einer Ausübung richterlicher Befugnisse durch den Treuhandfonds oder die Experten-gruppe.<sup>224</sup>

Ungeachtet dieser eher rechtstechnischen Frage ist die Zurückhaltung der Kammer jedenfalls unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit zu begrüßen. Wie bereits dargelegt, sind gerichtliche Wiedergutmachungsanordnungen äußerst selektiv und damit nahezu zwangsläufig diskriminierend. Will das Gericht dies dadurch ausgleichen, dass es den Verurteilten zur Wiedergutmachung auf kollektiver Basis verpflichtet, so droht ein Konflikt mit dem Grundsatz der individuellen Verantwortlichkeit. Diese Probleme lassen sich zumindest abmildern, wenn die Wiedergutmachung durch den Treuhandfonds geleistet wird. Sollten von seinen primär auf die Opfer Lubanga ausgerichteten Maßnahmen auch Menschen profitieren, die durch die Verbrechen anderer Personen geschädigt wurden, so erscheint dies rechtlich weniger bedenklich. Zudem dürfte der Treuhandfonds eher in der Lage sein, die verfahrenskon-nexe Wiedergutmachung so mit anderen – eigenen und fremden – (humanitären) Projekten zu verbinden, dass ein konsistentes, harmonisches Gesamtkonzept entsteht. Ein solches

ganzheitliches Vorgehen erscheint unabdingbar, will man verhindern, dass selektive Wiedergutmachungsmaßnahmen gesellschaftliche Konflikte schüren oder hervorrufen. Die Lubanga-Kammer hat erkannt, dass das Strafverfahren mit seinen sachlichen Grenzen und rechtlichen Zwängen nicht das beste Forum ist, um über die Wiedergutmachung völkerrechtlicher Verbrechen zu entscheiden. Damit mag sie die Hoffnungen und Erwartungen der Opfer Lubangas enttäuscht haben. Ihre Entscheidung trägt aber dem Interesse *aller* Opfer an einer möglichst gerechten Verteilung der begrenzten Ressourcen Rechnung.

### IX. Fazit: Viel Lärm um Nichts?

Auch wenn die von der Kammer entwickelten Wiedergutmachungsgrundsätze nicht in allen Einzelheiten zu überzeugen vermögen, verdient doch die Quintessenz der Entscheidung – die weitgehende Delegation des Wiedergutmachungsmandats an den Treuhandfonds – Zustimmung. Im Ergebnis wirkt es zwar etwas unbefriedigend, dass die von der Kammer auf knapp 100 Seiten entwickelten Grundsätze, die ganz überwiegend auf gerichtliche Wiedergutmachungsanordnungen zugeschnitten sind, nicht zur Anwendung kommen sollen. Dies ist aber die logische Folge dessen, dass der IStGH darauf verzichtet hat, allgemeine, fallübergreifend geltende Wiedergutmachungsgrundsätze aufzustellen. Die Lubanga-Kammer musste daher der Verpflichtung aus Art. 75 Abs. 1 IStGH-Statut nachkommen. Sie durfte allerdings nach Art. 75 Abs. 2 IStGH-Statut in einem zweiten Schritt davon Abstand nehmen, die von ihr entwickelten Grundsätze im konkreten Fall anzuwenden.

Das letzte Wort zur Wiedergutmachung im Fall Lubanga ist freilich noch nicht gesprochen. Die Berufungskammer hat die von der Verteidigung<sup>225</sup> und den Opfervertretern<sup>226</sup> nach Art. 82 Abs. 4 IStGH-Statut eingereichte Beschwerde zugelassen.<sup>227</sup> Zentrale Fragen des Beschwerdeverfahrens werden die Reichweite und Legitimität des proximate cause-Kriteriums sowie der im Wiedergutmachungsverfahren geltende Be-

<sup>221</sup> IStGH (Trial Chamber I), Entsch. v. 7.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2904 (Prosecutor v. Lubanga, Decision establishing principles and procedures to be applied to reparations), Rn. 288.

<sup>222</sup> Siehe hierzu ausführlich IStGH (Trust Fund for Victims), Observations v. 8.4.2013 – ICC-01/04-01/06-3009 (Prosecutor v. Lubanga, Observations of the Trust Fund for Victims on the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 83 ff.

<sup>223</sup> IStGH (Prosecution), Response v. 21.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2924 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Response to the Defence Appeal against the „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“), Rn. 21 ff.

<sup>224</sup> Ähnlich auch IStGH (Prosecution), Submissions v. 1.10.2012 – ICC-01/04-01/06-2930 (Prosecutor v. Lubanga, Prosecution's Submissions further to the Appeals Chamber's „Directions on the conduct of the appeal proceedings“), Rn. 21, 23.

<sup>225</sup> IStGH (Defence), Appeal v. 6.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2917 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal of the Defence for Mr Thomas Lubanga against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation rendered on 7.8.2012).

<sup>226</sup> IStGH (Office of Public Counsel for Victims & Legal Representatives of Victims), Appeal v. 24.8.2012 – ICC-01/04-01/06-2909 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations of 7.8.2012); IStGH (Legal Representatives of Victims), Appeal v. 3.9.2012 – ICC-01/04-01/06-2914 (Prosecutor v. Lubanga, Appeal against Trial Chamber I's Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparation of 7.8.2012).

<sup>227</sup> IStGH (Appeals Chamber), Entsch. v. 14.12.2012 – ICC-01/04-01/06-2953 (Prosecutor v. Lubanga, Decision on the admissibility of the appeals against Trial Chamber I's „Decision establishing the principles and procedures to be applied to reparations“ and directions on the further conduct of proceedings).

weisgrad, vor allem aber die weitgehende Delegation des Wiedergutmachungsmandats an den Treuhandfonds sein. Abzuwarten bleibt, ob die Berufungskammer die Lubanga-Kammer in ihrem zurückhaltenden Kurs unterstützen und diesem damit eine über den konkreten Fall hinausgehende Bedeutung zukommen lassen wird.